

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Brühlstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Mitbürger! Arbeiter! Handwerker!

Wir fordern euch nochmals auf, die Wählerlisten genau einzusehen. Leicht können Fehler in ihnen enthalten sein. Wer am 20. Februar seine Stimme nicht abgibt, der schadet der Allgemeinheit und sich selbst. Da aber nur Diejenigen ihr Wahlrecht ausüben können, welche in die Wählerlisten eingetragen sind, so muß Jeder sich überzeugen, ob auch sein Name in der Liste steht, ob Vor- und Zuname, sowie der Geburtstag und Geburtsort genau stimmen. Wenn es unmöglich ist, selber hinzugehen, der beauftrage einen der Genossen, die sich zur Durchsicht der Listen bereit erklärt haben, für ihn die Liste nachzuschlagen. Die Listen liegen nur bis Donnerstag, den 30. d. M., Wochentags von 9-3 Uhr, am Sonntag von 11-4 Uhr, aus und zwar:

- für den I. Wahlkreis in der Turnhalle des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstraße 13/14,
  - für den II. Wahlkreis in der Turnhalle Wilhelmstraße 117,
  - für den III. Wahlkreis in der Turnhalle Schmidstraße 38,
  - für den IV. Wahlkreis in der Turnhalle Krautstraße 43,
  - für den V. Wahlkreis in der Turnhalle Gormanstraße 4,
  - für den VI. Wahlkreis in der Turnhalle Ackerstraße 28a,
- und außerdem im städtischen Wahlbureau, Königstraße 7, Hof 3 Treppen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß ein Jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben, also spätestens am 30. Januar d. J., beim Wahlbureau des Magistrats (Königstraße 7, Hof 3 Treppen) schriftlich anzeigen, oder in den vorbezeichneten sieben Lokalen vor den dazu ernannten Kommissarien zu Protokoll geben kann, die Beweismittel für seine Behauptungen aber, soweit dieselben nicht auf persönlicher Bekanntschaft beruhen, beibringen muß. Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste sind besonders empfehlenswerth der Miethskontrakt, die letzte Miethsteuer-Quittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die angegebene Wohnung. Es ist nicht nöthig, persönlich die Liste einzusehen. Es kann einer für mehrere die Prüfung vornehmen. Wer aber irgendwie kann, gehe selber hin. Namentlich haben Diejenigen, welche seit dem Jahre 1887 ihren Wohnsitz verändert haben, sich zu überzeugen, ob sie an ihrem neuen Wohnsitz in die Listen eingetragen sind.

Arbeiter! Bringt euch nicht durch Nachlässigkeit um euer werthvollstes öffentliches Recht!

## Englische Gewerkvereine.

II.

Nach dem Berichte der zur Untersuchung englischer Arbeiterverhältnisse gebildeten Kommission herrscht in England über das Wesen der sozialistischen Bewegung noch eine außerordentliche Unklarheit. Die Mehrzahl der über diesen Punkt befragten Engländer meinte, von dem sozialdemokratischen Proletariat angestrebt werde, sei nichts als ein erweitertes Arbeiterschutz auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung. Von dem Endziele der Sozialdemokratie, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung durch eine neue zu ersetzen, in welcher die Arbeit von ihrem Tribut an das Kapital befreit ist, schienen die meisten überhaupt nie etwas gehört zu haben. Es waren aber nicht etwa die Kapitalisten allein, die sich durch eine solche Unwissenheit auszeichneten, die Vertreter der Gewerkvereine weitestens darin mit ihnen. Suchten nun die Mitglieder der Kommission im Gespräch von den wahren Absichten des Sozialismus eine ungefähre Vorstellung zu erwecken, so hörten sie ebenfalls von Kapitalisten und Arbeitervertretern gemeinsam die Ueberzeugung ausgesprochen, daß berartige Ideen in England nie festen Fuß fassen könnten, da sie dem praktischverständigen Volkstypus durchaus widersprächen. Die öffentliche Meinung in

England, hieß es, sei überzeugt, daß die Interessen des Kapitals und der Arbeit übereinstimmen. Eine solche Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse schließe aber von vornherein alle sozialistischen Bestrebungen, die einen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit voraussetzen, notwendig aus.

Daß die Trades-Unions gegenwärtig auch bei der Bourgeoisie in England so gut gelitten sind, eine Thatsache, die der Bericht außer Zweifel stellt, hat seinen Grund größtentheils wohl in dieser ihrer manchesterlich-spießbürgerlichen Haltung, welche sie zu einem Hemmschuh einer weitergehenden Arbeiterbewegung macht.

Dies „Verdienst“ in Verbindung mit ihrer Methode, Streiks durch friedlichen Ausgleich zu vermeiden, läßt sie als in hervorragendem Maße „staatsbehaltend“ erscheinen.

Auf den ersten Blick hat das unsocialistische Gebahren der Trades-Unions etwas sehr Befremdendes. Wenn sie auch nur einen Theil der englischen Arbeiterwelt umfaßten, so bildeten sie bis vor ganz kurzer Zeit doch offenbar die Vorhut derselben. Sie waren im wirtschaftlichen und politischen Leben die Vertreter des Proletariats schon darum, weil sich die große, nicht in Gewerkvereinen organisierte Masse der Arbeiter still und apathisch verhielt. England, dessen industrielle Entwicklung der des übrigen Europa so weit vorausliegt, England, in welchem diese Entwicklung den Gegensatz von Arm und Reich so grell hervortreten läßt, mühte doch, so scheint es, eine be-

sonders weit vorgeschrittene und sozialistisch-zielbewusste Arbeiterbewegung besitzen. Denn die Sozialdemokratie ist kein künstliches Nachwerk, auch keine Ausgeburt des sogenannten Nationalcharakters, sondern, nach unserer Auffassung, ein notwendiges Produkt der äußeren Verhältnisse. Je weiter sich die kapitalistische Wirtschaft ausbildet, um so mehr muß das Proletariat zur Erkenntnis seines gemeinsamen Klasseninteresses und damit weiterhin zu sozialistischen Ueberzeugungen gelangen. In England wäre also eine ganz besondere Verbreitung des Sozialismus zu erwarten.

Daß es gegenwärtig noch nicht dazu gekommen ist, erklärt sich aus der Geschichte und dem Wesen der Gewerkvereine, welche die intelligentesten Kräfte der englischen Arbeiterschaft für ihre Zwecke in Beschlag nahmen. Die Trades-Unions sind in ihren Anfängen echte Erzeugnisse des Klassenkampfes, sie verbreiteten sich unter dem Drucke der kapitalistischen Ausbeutung in England, lange bevor in den benachbarten, industriell zurückgebliebenen Staaten ähnliche Arbeiterverbindungen aufkamen. Es ist offenbar die Macht der wirtschaftlichen Thatsachen, welche in dem vorgeschrittensten Lande zuerst die Arbeiterschaft zu festen Verbänden zusammenhämmerte. Indem diese Verbände die Interessen ihrer Mitglieder vertraten, also den Lohn derselben zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen suchten, wird der Klassengegensatz zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern der einzelnen Gewerke offenkundig, und betätigt sich in Streiks und Aussperrungen.

hängenden Lumpen machten, deren bloßer Anblick schon ein Frösteln erregen konnte.

Würde aus den ausgebrannten Kaminen jemals wieder Rauch aufsteigen?

Vor einigen Läden standen Reihen von Frauen und Kindern, welche den Zeitpunkt abwarteten, bis an sie die Reihe käme, ein Stück Brot zu erhalten, von dem sie auf einige Stunden Sättigung erhofften. Ein anderer Theil der Bewohner schlenderte unruhig und unbeschäftigt auf der Straße herum, konzentrierte sich aber mit Vorliebe an einem Kreuzwege der Straße, wo sich in einer Ecke ein Springbrunnen befand.

Auf den Stufen dieses Brunnens unterhielten sich mit gedämpfter Stimme einige Männer. Sie hatten ihre zerlumpten Jaden über die Schulter geworfen und unter ihren schmutzigen Blousen lugte ein Leinwandsegen hervor, der einst ein Hemd gewesen sein mochte, während ihre mageren Arme und Beine nackt waren.

Diese Repräsentanten des Elends schienen hier eine Art Versammlung abzuhalten.

Wenn sie sich umblühten und in der Ferne die Skelette ihrer Angehörigen erkannten, sahen sie verzweifelt zu den schwarzen Massen am Himmel empor, und sehten dann ihre geheimnißvolle Berathung fort.

Sonst hörte man keinen Laut in der Straße, bis auf ein fernes Wagenrollen und das hierdurch hervorgerufene Knirschen der Stride, an welchen die Laternen in der Mitte der Straße herabhingen.

Diese Laternen verbelebten nicht mehr Felle, als es die

## Feuilleton.

II

### Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung

von Tony Revillon aus den Jahren 1789-1792.

Deutsch von Ludwig Knorr.

Der Herzog.

Es hatte schon einige Tage tüchtig geregnet; das konnte man an dem schmutzigen Wasser des in der Mitte der Straße befindlichen Kinnsteins, sowie an den Schlammspüßen zwischen dem holprigen Pflaster bemerken. Wenn es auch jetzt nicht mehr regnete, so tobte der Sturm doch mit ungeheurer Kraft. Den Horizont schien eine einzige schwarze Masse abzuschließen. Zusammengeballte Wolken von weißem, grauem und kupferfarbenerm Aussehen jagten, vom Winde getrieben, gespenstisch vorüber und hoben sich scharf von dem bläulichen Untergrunde des Himmels ab.

Wisweilen gelang es einem Sonnenstrahl den düstern Wolkennetz zu durchbrechen, als wollte er damit das Recht des Lichtes wahren; doch zog er sich bald schon vor neu ankommenden schwarzen Massen zurück, um endlich hinter der sich immer mehr verdickenden Finsterniß ganz zu verschwinden.

Die lange Straße der Vorstadt zog sich schlängelnartig nach der Barriere hin; stumme Klöster, schweigende Werk-

stätten und verlassene Häuser bildeten ihre traurige Einfassung. Wohl zeigten die Läden und Werkstätten ihre gewöhnlichen Inschriften, Häuser und Straßen ihre Namen und dennoch verschwanden diese vor einem Worte, das auf jedem Steine geschrieben schien: „Hunger“.

Der Hunger war wirklich der furchtbare Beherrscher der unglücklichen Vorstadt, deren Bewohner die Spuren seiner Gewalt nur zu deutlich zur Schau trugen; der Hunger trieb sie aus ihren elenden Wohnungen auf die Hausflure und in die Straßen, wo ihre runzligen Gesichter, schmalen Brüste und hohlen Stimmen als Attribute seiner Macht in die Deffentlichkeit traten.

Junge und Alte, selbst die Kinder hatten etwas Creisshafes an sich, sie trugen den Stempel der Gleichheit des Elendes und der Verzweiflung an der Stirn.

Wenn man ihren Gestalten einen physiognomischen Ausdruck hätte geben wollen, so wären sie mit einem verfolgten, gehetzten Thiere zu vergleichen, das mit geöffnetem Maule und blickendem Auge, den Kopf ein wenig gesenkt, noch einmal seinem Verfolger gegenübertritt, ehe es sich ihm ergibt.

Die Dinge entsprachen in dieser Vorstadt genau ihren Bewohnern.

Das Brot auf den Schabrettern der Bäder sah aus, als wenn Niemand davon satt werden könne, das Fleisch, welches an den Haken vor den Fleischerläden hing, schien verrotten und ungenießbar zu sein. Noch trauriger jedoch war der Eindruck, den die an Seilen oder Stangen

Aber die Stufe des Klassenkampfes, welchen die bloße Gewerksvereins-Bewegung darstellt, ist eine primitive und unentwickelte. Die Zugehörigkeit des einzelnen Arbeiters zu dem gesamten Proletariat tritt hinter seiner Teilnahme an den Gewerksfragen zurück; es fehlt darum auch das Streben, die Interessen des Proletariats im politischen Kampfe selbstständig zu vertreten. So lange der Arbeiter eine Hauptaufgabe in der Gewerksbewegung erblickt und von ihr alles Heil erwartet, so lange betrachtet er die gegenwärtig bestehende Wirtschaftsordnung als unabänderlich, so lange will er nicht die Lohnarbeit als solche, sondern nur eine gewisse Niedrigkeit des augenblicklichen Lohnneinommens beseitigen. Sobald dem Arbeiter die Erkenntnis aufdämmert, daß sein Leiden durch das kapitalistische System selbst hervorgerufen wird, sobald er anfängt, dieses System nicht als Naturnotwendigkeit sondern als veränderliches Erzeugnis des Klassenkampfes zu betrachten, sind die Gewerksvereins-Illusionen dahin. Dann erkennt er, daß er, um dem System zu Leibe zu gehen, keine gewerkschaftliche, sondern eine politische Organisation, d. h. zugleich eine Organisation der ganzen Arbeiterklasse ohne Unterschied der Gewerke braucht. Damit verwandelt sich der Arbeiter aus einem bloßen Gewerksvereinsmitglied in einen zielbewußten Proletarier.

Dies Bewußtsein fehlt aber den Trades-Unions zum größten Teile noch; der Zusammenschluß der Gewerksarbeiter zur Vertretung ihrer Interessen dem Kapitale gegenüber fand in England, als dem industriell entwickeltesten Staate, zuerst und in größtem Maßstabe statt. Aber während in Deutschland der große proletarische Gedanke von Lassalle bereits in die Massen getragen war, ehe es zur Bildung von Fachvereinen kam, während also in Deutschland der Sozialismus diese Verbindungen mit seinem umfassenden Geiste durchdringen und aus ihnen neue Stärke ziehen konnte, kam die englische Gewerksvereins-Bewegung in Gang, lange bevor die sozialistischen Ideen ihren Siegeszug begannen. Die Trades-Unions existierten vor dem Sozialismus, welcher zudem in England keine genialen, zündenden Apostel wie bei uns fand, und sie mußten ohne ihn verknöchern.

Die Blüte der englischen Arbeiterschaft sonderte sich von dem übrigen Proletariat ab und ging unbekümmert, um die gemeinsame Arbeiterschaft, ihren Gewerkschaften nach. Die Höhe der Beiträge, sowie die festen Anforderungen an die Geschicklichkeit und Lässigkeit der Mitglieder waren ein Mittel, um im Lohnkampf für die Gewerke viel zu erreichen, sie rissen aber gleichzeitig eine tiefe Kluft zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, und entfremdeten gerade die Intelligenzesten dem Solidaritätsgefühl des Sozialismus. Die Erfolge der Vereine ermöglichten den Mitgliedern eine höhere, halb kleinbürgerliche Lebensführung und gleichzeitig durch die Unterstützung der Arbeitlosen eine Sicherheit der Existenz, welche sie von dem Proletariat noch mehr entfernte, und eine gewisse satte Zufriedenheit mit dem Bestehenden aufkommen ließ. Das mußte sich natürlich noch steigern, als bei der zunehmenden Stärke der Vereine die Kapitalisten nachgiebiger wurden, und der gütliche Ausgleich mehr und mehr an die Stelle des Streiks trat. Die gleitende Lohnskala endlich, welche die Löhne von dem Preis der produzierten Waare und damit indirekt vom Fabrikantengewinn abhängig macht, hat sicher bei den Trades-Unions auch viel zur Verbreitung jener schönen Lehre von der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit mitgewirkt. Kein Wunder, daß unter diesen Verhältnissen der Sozialismus, welcher die Solidarität der Arbeit und ihren Interessengegensatz zum Kapital proklamirt, bei den Trades-Unions wenig Anklang findet.

Aber darum wird er dem englischen Proletariat doch nicht fremd bleiben. Hier lebt und webt schon seit den großen Massenausständen des vergangenen Jahres sein frischer Geist. Burns, welchem die Untersuchungskommission das Zeugnis eines „guten Sozialisten“ und „unheimlich zielbewußten Mannes“ ausstellt, ist der Organisator des Volkes geworden und der neue Trades-Unionismus, an welchen er arbeitet, wird seiner Befähigung entsprechen. Diese neuen Arbeiterverbände werden kein Hemmschuh, sie werden Hebel der Sozialdemokratie sein und an sie, das ist schon jetzt klar, muß die politisch-wirtschaftliche Führung der englischen Arbeiterklasse übergehen. Der alte englische Gewerksverein wird sich unter-

werfen oder in politischer Bedeutungslosigkeit versumpfen. Die Zunahme der Abfallstodungen und das immer weitere Vordringen der ungelerten, — der Kinder- und Frauenarbeit bedroht zudem auch seine wirtschaftlichen Grundlagen.

## Politische Uebersicht.

**Aus dem Reichstage.** Die Interesslosigkeit ist zu Anfang der heutigen Sitzung wo möglich noch größer als gestern. Die Redner werden nicht angehört. Weiß doch ein Jeder, daß die Entscheidung nicht parlamentarisch im Reichstag, sondern außerparlamentarisch hinter den Kulissen getroffen wird. Oder schon getroffen ist.

Die Meinung verbreitet sich mehr und mehr daß die Regierung der Ausweisungsbefugnis gar nicht die außerordentliche Wichtigkeit beilegt, wie glauben gemacht worden ist — und daß die Nationalliberalen, indem sie in ihrer Opposition gegen § 24 (Ausweisung) „fest“ bleiben, keineswegs damit gegen den Willen der Regierung handeln, sondern nur dazu beihilflich sind, die unerhörte Thatsache zu verdecken, daß durch das „ewige“ Sozialistengesetz das Vereins- und Versammlungsgesetz, sowie die Presse der Oppositionsparteien auf unbestimmte Zeit der Polizei überantwortet werden.

Was kann die Regierung mehr verlangen, als ein solches Gesetz? Was will der Ausweisungsparagraph, der die Macht der Regierung nicht um ein Jota vermehrt, besagen gegenüber den Paragrafen, welche die wichtigsten Bollwerke der Freiheit unter Polizeiaufsicht stellen und die Allmacht der Polizei proklamieren? —

Außerdem zeigt der Reichstag erst, als § 24 — der neu nummerierte § 28 (Ausweisungsparagraph) zur Debatte kommt.

Dem Herrn Bühl passiert das noch nicht Dagewesene: es wird ihm zugehört. Er hat nämlich die Fraktions-Erklärung der Nationalliberalen abgegeben. Sind sie „umgefallen“ die Mannesgeelen — oder hatten sie wirklich „Rückgrate vor Stahl“?

Wahrscheinlich, das Letzte! Wunderbar! Sollten sie nicht die Erlaubnis in der Tasche haben, und einen Freidrief gegen das Andienandgedrückwerden?

Die folgenden Redner finden kaum noch Gehör. Nicht einmal Windthorst. Wenn die Nationalliberalen gegen den § 24 stimmen, ist er gefallen.

Selbst Herr v. Kardorff, der nach dem Beispiel des Herrn v. Herrfurth das Rothe Gespenst im Sinne des Pindler-Artikels gegen die Sozialdemokratie und ihre „Bekämpfung“ herauszubringen sucht, merkt daß seine Rede überflüssig ist, und löst sich kurz.

Die Abstimmung ergibt eine große Majorität gegen den § 24, für den nur die zwei konservativen Parteien stimmen.

Was nun?

Die Regierungsvertreter sind mühsam still.

Vielleicht warten sie auf die Gesamtstimmabstimmung. Und wie war's, wenn die Konservativen „aus Bosheit“ gegen das ganze Gesetz stimmten, und dies dann mit Glanz durchfiel? Dann wäre ja gar nichts da; und der „große“ Frochmäuslerkrieg um das „neue“ Sozialistengesetz hätte noch lächerlicher geendet als das Hornberger Schützen das auch wenigstens ein paar durchlöcherete Scheiben zurückließ, welche sich als Brennholz verwenden ließen, während die Annalen des Frochmäuslerkriegs — stenographische Berichte, Kommissionsberichte, Anträge u. s. w. — einfach Makulatur geworden sind.

Die Abstimmung der Dauer bringt noch eine scharfe Generaldebatte Rede Munkel's, die auch als Wahlrede recht brauchbar wäre, und die Herrn Konservativen jedenfalls tüchtig ärgerte.

In Bezug auf den Dauerpassus der Vorlage (daß die bisherigen Dauerbeschränkungen wegzufallen, wird von den Sozialdemokraten namentliche Abstimmung beantragt.

Sonst haben die Sozialdemokraten — abgesehen von einigen drastischen Ausführungen Grillenberger's über die Praxis des Reichs, Beschwerdelommission — die Rolle des lächerlichen Zuschauers gespielt, der sich an der Verlegenheit seiner Feinde weidet, und dadurch ihre Verlegenheit noch größer macht.

Die Abstimmung, welche, wenn auch nicht formell, doch thatsächlich die Abstimmung über das Gesamtgesetz ist, hat zum Resultat: 166 Ja, 111 Nein.

Also eine starke Majorität für das Gesetz ohne den Ausweisungsparagraphen.

Die Regierung kann zufrieden sein; sie hat jetzt ihr ewiges Gesetz ohne die Ausweisung. Fallen die Wahlen in ihrem Sinne aus, so bekommt sie auch die Ausweisung! Das die Wähler sich hinter die Ohren schreiben mögen!

**Gegen die Sozialdemokratie als Wahlsieger.** Die „Nordd. Allg. Zig.“ bespricht die Wahlorbereitungen der Sozialdemokraten. Es bedauert die bürgerlichen Elemente. Ein weiteres Symptom dieses hohen feien die überall hervortretenden großen allgemeinen Streikbewegungen. Zur Abwehr müsse man ein gemeinsames aller nichtsozialdemokratischen Elemente Reichstagswahlen denken. Dem stehe aber der Wahlkampf gegenüber, namentlich bei der bürgerlichen Demokratie, gegen die Vorgänge in Sachsen, daß die Wähler die Fraktionsleitung sich emanzipieren und die erste Pflicht bürgerlichen Elemente in der Bekämpfung der Sozialdemokraten. Das Beispiel müsse nachgeahmt werden. Alle bürgerlichen Elemente mit Einschluß der demokratischen Parteien, mit unseren Fäusteln durchaus zufrieden; sie seien nur eine gemeinschaftliche Kugel, daß nämlich die Sozialdemokratie, die an sich berechtigte Forderung der Arbeiter für ihre politischen Zwecke fälsche, zu einer sozialrevolutionären Forderung werde. Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begleiter müsse also die Parole lauten, womit dem internationalen Höhe der Sozialrevolutionäre zu begegnen wäre. — Man man offenbar die Wahlsparole der Regierung und des Reichstages erblicken. — Wir sind ganz einverstanden damit, daß Wort von der einen reaktionären Masse sich auch dem besten immer mehr verdeutlicht.

**Vom Hauptplatz der Kartellbrüderschaft.** In Neuglitten zu melden. Ja Wehlar will der Prinz Braunsfels sich doch nicht zu Gunsten eines Nationaldemokraten deponieren lassen, in Hamm-Söck bieten die Konservativen den Wählern den konservativen Herrn Krug von der Nationalliberalen einen Landrichter Schneider als Döbeln haben die Konservativen es doch dahin gebracht, der nationalliberale Abgeordnete Rethammer sich für seinen Willen, modisch für den Agrarier und Jänsler das Feld frei wird. Ob der nationalliberale Vorstand die Siegener Genossen, die sich weigern, Herrn Stöcker zu stimmen, wirklich zur Kartellbrüderschaft mahnt hat, steht noch nicht fest, sollte es aber geschähe, so werden die Siegener Nationalliberalen wohl dem der Kölnen folgen, dem Parteivorstand den Gehorsam versagen. Seltsame Leute, diese Siegener; in einem Schreiben an den Vorstand des konservativen Vereins haben sie die nationalliberale Partei habe schon zweimal rückfällig gemacht, Herr Hofprediger Stöcker gestimmt; warum also nicht noch ein drittes und viertes Mal, da doch der Herr prediger zum Kartell gehört und mittlerweile geeigert ist er sich auch zu duden weiß, wenn's von Oben verlangt. Auf der Szene der Bielefelder Kartellkomödie ist jetzt eine lustige Person erschienen, der „Schwarze Helmerding“, ein Parlamentarier der einseitigen Vertreter für Pippin, Rechtsanwalt Schröder, getauft hat. Die Reichshofkreise haben diesen Kandidaten, der ein eigenartiges Verhältnis zu dem Ritter von der traurigen Gestalt, zu Herrn v. Odenstein bildet, als Kandidaten aufgestellt und wie das liegen, wird es wahrscheinlich zu einer Stichwahl mit beiden kommen, wobei den Kartellbrüder die Rolle von dem Esel zu spielen würde.

**Aus dem rheinisch-westfälischen Bohlenverein.** Zwei wichtige Nachrichten eingetroffen. Aus Essen meldet, daß der Vorstand des Vereins für die Bergleute Interessen die Forderungen der Bergleute abgelehnt hat, wird am 23. Januar in einer weiteren Vorstandssitzung Wortlaut der Antwort auf die Forderungen feststellen, einem Schreiben an alle Bergwerksverwaltungen legt er lehnungsgründe dar. — Ferner wird aus Bochum bekannt Amnektogefuchs der Bergleute geschrieben: In in Altenbochum hatgefundenen Bergarbeitervereins machte der bekannte Deputierte Schröder Dortmund die theilung, es sei ihm am verflochtenen Sonnabend Oberbürgermeister Schmieding in Dortmund eröffnet worden, daß die Minister der Justiz und der öffentlichen Arbeiten Prüfung der Akten es ebenfalls abgelehnt hätten, das der Bergarbeiterverbandes gefestigte Verhandlungsgesuch aus Anlaß des Streiks verurteilten Bergleute bei dem zu befürworten.

**Den Beschluß des Reichstages.** betreffend Kassierung der Wahl Wehlar's, hatte die „Nordd. Allg. Zig.“ berichtet und behauptet, der auf Sicherung Wahlheimnisses gerichtete Antrag hohe offene Thüren. Sie wird darum jetzt von der „Frankf. Zig.“ auf ihre Klopffestigkeit geprüft. Wenn das Blatt, schreibt die „Frankf. Zig.“ dabei auf die Wahlakten des Reichstages und die Berg- und Wahlprüfungskommission beruft, so möchten wir ihm den Rastung Herrn Pindler so kräftige Klage laute entlockt, genauer anzusehen. Es ist da auch von einem Grohnbau die Rede, der einer Anzahl seiner Arbeiter, in denen er demokraten vermutete, folgende Alternative stellte: „Jeder Einzelne giebt mir das Versprechen, sich bei der Wahl Abstimmung zu enthalten oder ich entlasse Sie sämtlich“

Sonne an diesem Tage, den 12. Juli 1789, vermocht hatte. Das Rollen wurde jetzt stärker und man hörte menschliche Stimmen und Pferdegetrappel; die Leute sprangen zur Seite, um einem Vorreiter auszuweichen, dem in kurzer Entfernung ein prächtiger Reisedeichsel und zwei große Gepädwagen folgten.

Wie die Pferde im tausenden Galopp daherkamen, ähnelten sie den Darstellungen jener griechischen Vasenmalerei, wo die Lebenskraft ihrer in Bewegung befindlichen Glieder dem Beschauer in harmonischer Schönheit entgegentritt. Das regelmäßige Gehen und Aufschlagen ihrer Hufe erzeugte einen rhythmischen, fast melodischen tiefen Klang, der in dieser Straße und inmitten dieser Gruppen von Glenden wie ein Symbol höchster Macht und tiefster Erniedrigung erschien.

Welcher Kontrast zwischen den glänzenden Livreen der Diener, dem fröhlichen Peitschenknallen der Postillone, dem überflüssigen Besitz veralteten Gepädwagen, den öden Häusern und den ausgehungerten Bewohnern dieser kothigen Straße. — Dazu noch das finstere Gewölke am Himmel, der dem prächtigen Aufzuge ein so düsteres Relief verlieh.

Auf dem Rückseite des Wagens lehnte in nachlässiger Haltung, fast ohne jede Bewegung, ein reich in Seide gekleideter Herr; er trug den Degen an der Seite, und über seine Hände fielen breite Spitzenmanchetten. Die hohe schmale Stirn des Mannes, sein kaltes hellblaues Auge, seine dünnen zusammengepreßten Lippen, gaben seinem Gesicht den Ausdruck vollkommener Gleichgültigkeit.

Gleichgültigkeit war in der That die hervorragendste Charaktereigenschaft dieses Mannes, der gewohnt war, sein Leben so zu regeln, wie der Kammerdiener seine Taschenuhr; jetzt reiste er von seinem Landgut nach Versailles, um sich nach dem Appetite des Königs zu erkundigen, der Königin die Hand zu küssen und ihr zu sagen, daß sie schön sei und — und der Versammlung der Generalstaaten beizuwohnen.

Vor zwölfhundert Jahren hatte der Ahn dieses Herzogs einem Fürsten durch einige glückliche Schwertschläge zu einer Gebietserweiterung verholfen, wofür er als Belohnung ein kleines Gut erhalten hatte. Nachdem dieser Ahn dann sein

militärisches Aeußere mit einem Wamme von Fischotter vertauscht und die Tochter eines Standesgenossen geheiratet hatte, brachte er den Rest seiner Tage auf der Jagd zu und die Abende damit, sich mit Fleisch und Wein voll zu stopfen. Sein Sohn folgte pietätvoll seinem Beispiele, und die Enkel folgten diesem Sohne. Später wurde die Besitzung ein von Steuern und Lasten freies erbliches Eigentum. Der Besitzer desselben nahm nun, außer der Mühe geboren zu werden, noch diejenige auf sich, die Einkünfte des Gutes zu verschwenden. Ereignete es sich, daß diese Einkünfte unzureichend wurden, so geruhte der König sich der Schwertschläge des Vorfahren zu erinnern, die seinem Vorfahren einst Vortheil brachten, und stattete dann seine nachträgliche Dankbarkeit durch Verleihung einer Pension, eines Amtes oder einer andern Einkünfte ab.

Der Edelmann zeigte sich seinerseits dadurch erkenntlich, daß er gut aß, sich schön kleidete, duellirte und das Geld, welches er der fürstlichen Großmuth verdankte, sinnlos verschwendete und es als die größte Lächerlichkeit betrachtete, jemals über den Ursprung seines Reichthums nachzudenken.

Der Herzog war der vollkommenste Repräsentant dieser Klasse; er verehrte den König als den Ersten unter seinesgleichen, brachte der Königin eine höfliche Hochachtung entgegen und betrachtete im Uebrigen den Rest der Menschheit als eine unendliche Reihe von Nullen, an deren Spitze die Vorsehung, welche die Entwicklung dieser Welt leitet, in ihrer Weisheit einige herzogliche Häuser gestellt hatte. Weder Liebe noch Haß, noch Enthusiasmus, nicht einmal das leichte Bauchgrimmen, welches die Furcht vor der Zukunft hervorruft, kannte dieser Herzog!

Blötzlich hielt der Wagen an.

Aus seiner Ruhe gestört, richtete der Herzog sein gleichgültiges Gesicht nach der Wagenthüre. Unter den Hufen der Pferde, welche der Postillon mit aller Kraft zum Stehen gebracht hatte, lag ein kleines Mädchen mit blutendem Gesicht.

Eine Frau stürzte herbei, dahnte sich rechts und links einen Weg durch die Menge und schrie wie toll: mein Kind, mein Kind! Aber vor ihr hatte schon ein Anderer das Mädchen auf-

gehoben. Es war ein großer, harter, schmutziger Mann mit langen glatt auf seinen Backen liegenden Haaren, seine plumpen Holzschuhe schnell abgeworfen und die Pferde entgegengehauet hatte. Mit dem kleinen Kinde im Arme ging er auf den Springbrunnen zu.

— Wo ist die Mutter? fragte der Herzog. Die Frau näherte sich dem Wagen. Ihre schmerzhaften Augen blickten aus dem dunklen Laimt ihr Gesicht hervor und einige schwarze Haarschlechten hing an folge ihres schnellen Laufens unter dem Luche hervor, ihre Stirn bedeckte.

— Ich bin es, sagte sie. Was will man von mir? Der Herzog ließ seine Börse zur Erde fallen und gegen seine Diener wendend, sagte er: — Vorwärts!

Die Postillone warfen sich in ihre Sättel, die sie setzten sich in Trab.

In dem Augenblicke, wo der Wagen anfang, sich zu bewegen, wurde ein Gegenstand aus der Menge der Wagenthüre, gerade auf die Füße des Mannes geworfen.

Er betrachtete ihn ohne sich zu bücken, — es war eine Börse.

Er machte eine Bewegung, als wenn er hinausstreuen wollte, dann erhob er den Kopf: — Kanaken!

Ein ungeheureres Geschrei antwortete ihm. Am Springbrunnen neigte sich die Mutter ihrem Kinde zu und neben ihr, um sie herum in der ganzen Ausdehnung der Straßentransung sah man nichts als erhobene feurige Augen, nackte erhobene Arme und geballte Fäuste drohten ihm in ohnmächtigen Borne nach. In dem Augenblicke trat ein Sonnenstrahl als Sieger über die Wolken hervor, indem er ein Bild erhellte, daß das farbige Heer der Gallier und den ungestümen Eindringlingen Franken in einem Rahmen symbolisch darstellte.

Wahlrecht. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Die preussische Regierung sieht sich doch gezwungen, lang... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Von der öffentlichen Armenpflege wurden im Jahr 1885... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Nowawitz. In einer am 17. November v. J. hier statt... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Metzmann, 19. Januar. Folgendes Bravoourstück... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Das kleine Mädchen lag in einem Fieberfieber, seine... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Das kleine Mädchen schien kaum acht Jahre alt zu sein... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Das kleine Mädchen schien kaum acht Jahre alt zu sein... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Das kleine Mädchen schien kaum acht Jahre alt zu sein... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Es wird dafür gefordert werden, daß der neue Reichstag... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Eine Versammlung von Bergarbeitern in Birmingham... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Englische Zeitungen schreiben: Briefe der Besatzung des britischen... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Frankreich. Paris, 22. Januar. Von der Kommission der Depu... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

In der Mine Drocourt vorunglückten infolge des... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Belgien. Im Becken Charleroi befindet sich der Ausfluß... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Spanien. In dem neuen spanischen Kabinete hatte sich Guillon... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Portugal. In Portugal wächelt die Erbitterung gegen England... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

unbeweglich, erschien überrascht und machte ein Gesicht... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Wie nennst Du Dich? Er antwortete mit wahrer... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Wie nennst Du Dich? Er antwortete mit wahrer... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Boykottiers gegenüber Allem, was englisch ist, von Tag zu... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

### Versammlungen.

In einer gut besuchten Wählerversammlung für... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

In der Diskussion sprach zunächst ein Redner sich dahin... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

In Riedorf fand am Dienstag, den 21. d. M., im Lokale... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

In der darauf folgenden Diskussion kam ein Brief des... Die Reichsregierung ist entschlossen, die Wahlrecht...

Localwahlkomitee Mitglieder abgeben. Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Bremen, 21. Januar.** Die dritte außerordentliche Generalversammlung der Vereinigung der deutschen Maler, Radierer u. s. w., welche gegenwärtig in Bremen tagt, wurde am Dienstag, den 21. d. M. durch den ersten Bevollmächtigten der Filiale Bremen, Kollegen Nordhäuser, um 8 Uhr Morgens eröffnet. Derselbe begrüßte die erschienenen Delegierten im Namen der gesamten Bremer Kollegenschaft aufs herzlichste und wünscht, daß die Arbeiten einen friedlichen Verlauf nehmen mögen und der Vereinigung zu gutem Gedeihen gelangen möchten. Zunächst wurde dem Vorsitzenden der Vereinigung Kollegen Schweiger-Berlin der Vorh. übertragen. Derselbe dankt den anwesenden Delegierten für das zahlreiche Erscheinen. Hierauf machte er die Tagesordnung der Generalversammlung bekannt und beantragt zunächst die Wahl einer Mandatsprüfungskommission. Nachdem dieselbe sich konstituiert, wurde zur Prüfung der einzelnen Mandate geschritten. Der Vorsitzende macht der Generalversammlung zunächst die traurige Mitteilung von dem Ableben des Kollegen

J. Geiger der Filiale Freiburg i. Brg. Die Anwesenden ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Säulen. Zugleich auch die freudige Mitteilung von der Gründung der Filiale Eisenach mit 43 Kollegen, welches mit einem Bravo von der Versammlung begrüßt wurde. Es kamen hierauf Glückwunsch-Telegramme von den Filialen Wolda, Weimar, Berlin Ost, Seltin, Breslau, Hamburg, Mannheim und Lübeck und von dem Fachverein Freiburg in Sachen zur Verlesung. Die Mandate wurden sämtlich für gültig erklärt. Anwesend sind 41 Delegierte der Vereinigung. Als Vertreter des Vorstandes der Vereinigung sind Schweiger und Lübeck Berlin anwesend, seitens des Ausschusses G. de Haas-Hamburg, seitens der Central-Streikprüfungskommission G. Frey-Hamburg; ferner sind von den Fachvereinen Altona, Wandersbeck, von Sachsen Dresden, Leipzig, von Bayern München und Nürnberg vertreten. Es wurde von Schweiger beantragt, während der Dauer der Generalversammlung den Vorsitz dem Ausschussmitglied, Kollegen G. de Haas, zu übertragen. Der Antrag wurde mit 29 Stimmen der anwesenden Delegierten angenommen. Zur Unterstützung wurden zwei Kollegen aus der Generalversammlung gewählt. Ebenso 6 Schriftführer. Hierauf

wurde seitens einzelner anwesender Delegierten das Protokoll von Braunschweig beantragt, da es große Wichtigkeit enthält. Seitens des früheren Verbandsvorsitzenden ist das noch begünstigt worden. Derselbe war dem Protokoll zu danken, gegen seine Ausschließung aus der Versammlung zu protestieren. Derselbe hatte sich in erster Linie mit die Schuld daran trägt. Hierauf erhielt zum Inhalt der Tagesordnung das Wort Kollege Schweiger, der die Entschuldigung des Vorstandes über die Abwesenheit vom 1. Mai 1888 bis 15. Januar 1890. Die Diskussion dauerte 2 Stunden. Die Diskussion wurde durch eine allgemeine Erklärung des Vorstandes über die Tätigkeit der Vereinigung geschlossen. Der Vorstand hat.

1  
Nr. 20.  
Parl.  
50. 511  
Am Bande  
N. A. r. i. c. h. a. l.  
Die Sozialdemo  
kratische Partei  
in Deutschland  
hat sich am 21.  
Januar 1890 in  
Bremen versam  
elt. Die Versam  
mlung wurde von  
Nordhäuser eröf  
net. Er begrüßte  
die erschienenen  
Delegierten im  
Namen der gesam  
ten Bremer Maler  
Kollegenschaft  
aufs herzlichste  
und wünscht, daß  
die Arbeiten einen  
friedlichen Verlauf  
nehmen mögen  
und der Vereinigung  
zu gutem Gedeihen  
gelangen möchten.  
Zunächst wurde  
dem Vorsitzenden  
der Vereinigung  
Kollegen Schweiger  
Berlin der Vorh.  
übertragen. Dersel  
be dankt den anwe  
senden Delegierten  
für das zahlreiche  
Erscheinen. Hier  
auf machte er die  
Tagesordnung der  
Generalversamml  
ung bekannt und  
beantragt zunächst  
die Wahl einer Ma  
ndatsprüfungskom  
mission. Nachdem  
dieselbe sich kon  
stituiert, wurde  
zur Prüfung der  
einzelnen Mandate  
geschritten. Der  
Vorsitzende macht  
der Generalversam  
mlung zunächst  
die traurige Mit  
teilung von dem  
Ableben des Koll  
egen J. Geiger der  
Filiale Freiburg  
i. Brg. Die Anwe  
senden ehren das  
Andenken des Ver  
storbenen durch  
Erheben von den  
Säulen. Zugleich  
auch die freudige  
Mitteilung von der  
Gründung der Fi  
liale Eisenach  
mit 43 Kollegen,  
welches mit einem  
Bravo von der  
Versammlung  
begrüßt wurde.  
Es kamen hierauf  
Glückwunsch-Te  
legramme von den  
Filialen Wolda,  
Weimar, Berlin  
Ost, Seltin, Bres  
lau, Hamburg, M  
annheim und Lü  
beck und von dem  
Fachverein Fre  
iburg in Sachen  
zur Verlesung.  
Die Mandate wur  
den sämtlich für  
gültig erklärt.  
Anwesend sind  
41 Delegierte der  
Vereinigung. Als  
Vertreter des Vor  
standes der Verei  
nigung sind Schwe  
iger und Lübeck  
Berlin anwesend,  
seitens des Aus  
schusses G. de Ha  
as-Hamburg, sei  
tens der Central  
-Streikprüfungsk  
ommission G. Frey  
-Hamburg; ferner  
sind von den Fac  
hvereinen Altona,  
Wandersbeck, v  
on Sachsen Dres  
den, Leipzig, von  
Bayern München  
und Nürnberg  
vertreten. Es wur  
de von Schweiger  
beantragt, wäh  
rend der Dauer  
der Generalversam  
mlung den Vorsit  
z dem Ausschuss  
mitglied, Koll  
egen G. de Haas,  
zu übertragen.  
Der Antrag wur  
de mit 29 Stim  
men der anwe  
senden Delegiert  
en angenommen.  
Zur Unterstützung  
wurden zwei Koll  
egen aus der Ge  
neralversammlun  
g gewählt. Eben  
so 6 Schriftführer.  
Hierauf wurde  
seitens einzelner  
anwesender De  
legierten das Pr  
otokoll von Braun  
schweig beantra  
gt, da es große  
Wichtigkeit ent  
hält. Seitens des  
früheren Verban  
dsvorsitzenden  
ist das noch be  
günstigt worden.  
Derselbe war  
dem Protokoll zu  
danken, gegen  
seine Ausschließ  
ung aus der Ver  
sammlung zu pr  
otestieren. Ders  
elbe hatte sich  
in erster Linie  
mit die Schuld  
daran trägt. Hi  
erauf erhielt zum  
Inhalt der Tages  
ordnung das Wort  
Kollege Schweiger,  
der die Entschul  
digung des Vor  
standes über die  
Abwesenheit vom  
1. Mai 1888 bis  
15. Januar 1890  
diskutierte. Die  
Diskussion dau  
erte 2 Stunden.  
Die Diskussion  
wurde durch eine  
allgemeine Er  
klärung des Vor  
standes über die  
Tätigkeit der  
Vereinigung ge  
schlossen. Der  
Vorstand hat.

### Theater.

**Freitag, den 24. Januar.**  
**Spernhaus.** Der Löwepeter von Säckingen.  
**Schauspielhaus.** Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglied.  
**Festung-Theater.** Die Ehre.  
**Deutsches Theater.** Krieg im Frieden.  
**Berliner Theater.** Homlet.  
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.** Der arme Jonathan.  
**Wallner-Theater.** Ultimo.  
**Residenz-Theater.** Die arme Edm.  
**Victoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Woll's Theater.** Der Königsgardist.  
**Selkalliance-Theater.** Der Fleck auf der Ehr.  
**Ständ-Theater.** Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.  
**Königsstädtisches Theater.** Mensch, ärgere Dich nicht.  
**Central-Theater.** Berolina.  
**Adolph Graf-Theater.** Flotte Weiber.  
**Reichshallen-Theater.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Saufmann's Varietés.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Sebr. Richter's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße.  
Heute, Freitag, den 24. Januar, Abends 7½ Uhr:  
Novität! 3. Aufführung:  
**Deutsche Turner.**  
Große National-Original-Pantomime vom Hof-Balletmeister A. Siems, inszeniert vom Direktor E. Renz, Musik von A. Cahndley, Dekorationen, Kostüme, Requisiten, Wagen neu und prachtvoll. Der große Festzug wird von mehr denn 300 Personen (zu Fuß und Pferde) mit 3 Musikcorps ausgeführt.  
Außerdem Reiten und Vorführen vorzüglich dressierter Schul-, Spring- und Freizeitspferde. Auftreten des gesammten Künstlerpersonals.  
Morgen: Deutsche Turner. Sonntag: Zwei Vorstellungen.  
E. Renz, Direktor.

**Den Genossen**  
halte ich meine  
**Masken-Garderobe**  
bei Bedarf best. empfohlen.  
Größe und Anzahl! Bill. Pr.  
Sereine Preisermäßig.  
Granten.  
Fr. Kaufm., Nr. 178,  
Adalbertstr. 98.

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
Spandauerbr. 6,  
am hiesigen Wale bekanntlich [1653  
Grösste Auswahl.  
Garantirt sicher brennende Tabake.  
Streng reelle Bedienung, billige Preise!  
Sämtliche im Handel befindlichen Roh-  
Tabake sind am Lager.  
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6,  
am Hacheisen Markt.

**Porzellan-, Glas- u. Steingutwaaren,**  
Tisch- und Hängelampen  
empfehlen billigst  
C. Rahmlow, Lohringerstraße 58,  
am Rosenthaler Thor.

**Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.**  
Cr. Lager, bill. Preise.  
eigener Fabrik.  
Emil Heyn,  
Brunnenstr. 28, Hof part.  
Thells, nach Uebereinkunft

**Meerschaum-, Bernstein-, Elfenbein-  
waaren (Kauflub-Prisen),** sämtl. Repar.  
B. Günzel, Brunnenstr. 157,  
am Rosenthaler Thor.

**Sophabezüge!**  
Beste von 3½-5 Meter spottbillig.  
Emil Lefèvre, Granienstr. 154.

**Achtung!  
Knopfarbeiter!**  
In der Knopf-Fabrik von  
C. H. Köhll, Thierstr. 21,  
haben sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder-  
gelegt. Bitte, den Zugang fernzuhalten. [903  
Ein tüchtiger Dreher für Revolverbank gesucht.  
Epinn & Sohn, Wessertthorstr. 9.  
905]

**Alhambra-Theater,**  
Wallnertheaterstraße 15.  
Freitag, den 23. Januar:  
Zum vorletzten Male:  
**Amorina,**  
die Marmorbraut  
Phantastisch komisches Zauberstück in 12  
Bildern v. P. Wiebe, Musik v. Th. Franke.  
Entree 30 Pf., Parquet 60 Pf.  
I. Balkon 50 Pf., II. Balkon 40 Pf., z.  
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr, des Kon-  
zerts 7 Uhr.  
Sonntag, den 26.: Neu einstudiert:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Bons und Familienbillets haben Gültigkeit.

**American-Theater.**  
Dresdenerstraße 55.  
Täglich Vorstellung. [1365

**Englischer Garten.**  
Alexanderstraße 27c.  
Aufstehen der Kostüm-Soubrette Fr. Fritzl  
Korn.  
Aufstehen der Parterre-Gymnastiker-Truppe  
Pink.  
Aufstehen der Gesangs-Duettschwestern Geschwister  
Broche.  
Aufstehen der Kostüm-Soubrette Fr. Fran-  
ciska Clairemont.  
Aufstehen des Gesangs-Humoristen Herrn  
Kainberg.  
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 und  
75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.  
Sonntags Anfang halb 6 Uhr. Sonntags Entree  
50 Pf., referiert 75 Pf., Orchester 1 Mark.  
Vorverkauf Entree 40 Pf.  
Vollständig neues Programm.

Passage I Nr. 9 R. — 10 Uhr u.  
**Kaiser-Panorama.**  
Zum ersten Male: Dritte Reise  
d. d. malerische schiffliche Schweiz.  
Dritter Zyklus: Perifer Weltausstellung.  
Hochinteressant! Gerichte-Reise.  
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn.  
Empfehle mein Bierlokal sowie Arbeiter-  
Besammler; sämtliche Gewerkschafts-Organ  
liegen aus.  
Emil Böhl,  
Frankfurter Allee 74.  
548]

**Grosse Versammlung**  
der Filiale Berlin des  
**Verbandes der Vergolder,**  
Goldbleicharbeiter und Berufsgenossen Deutschlands  
am Sonnabend, den 25. Januar, Abends 8½ Uhr, in Jordans' Salon, Neue Grünstr. 23.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. 899  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der provisorische Vorstand.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Steinträger und verw. Berufsgen.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, den 26. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Lokale Marienbad, Gesundbrunnen,  
Badstraße 35-36.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere jetzigen Lohnverhältnisse und wie verhalten wir uns im Frühjahr demgegen-  
über? 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
907

**Sozialdemokratischer Wahlverein für d. fünf  
Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Freitag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Landsherenstraße  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Referent: Max  
2. Diskussion 3. Verschiedenes und Fragekasten.  
Alle Wähler, ohne Unterschied der Parteien, sind als Gäste eingeladen.  
Der Vorstand

**Verein der Fattler und Fachgenossen**  
Dienstag, den 23. Januar, Abends 8½ Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die ländlichen Arbeiter. Referent: J. F. u. l. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Billets zu dem am 15. Februar in der Brauerei Friedrichshain stattfindenden  
Ball sind in der Versammlung und in den Bureaukunden des Arbeitsnachweises  
in Wand's Restaurant (Inhaber Grünzel), Dresdenerstraße 116, am Wochentag  
Sonnabends) Abends von 8-9 Uhr und Sonntags von 12-1 Uhr, sowie im  
Salzschtrake 33, zu hab'n.  
Der Vorstand

**Tischler-Verein.**  
Am Sonnabend, den 25. d. M., Abends 9 Uhr, Kottbuserstrasse  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Rechenbericht. 2. Beschlussfassung über Vergütung für den  
3. Bericht über die Bibliothek. 4. Wahl eines Bibliothekars. 5. Innere Vereinsangelegen  
Erledigung eingebrachter Anträge u. s. w. 6. Um Unterstützungsgesuch.  
Am Sonnabend, den 8. Februar: **Grosser Wiener Maskenball** im  
haus Sandhauer, Kottbuserstr. 4a. Billets sind bei sämtlichen Vorstandem  
Der Vorstand

**Große öffentliche Steinmetz-Versammlung**  
einberufen vom  
**Verband der Steinmetzen Deutschlands**  
am Freitag, den 24. Januar 1890, Abends 8 Uhr,  
im Lokale Königshof, Bülowstraße 37.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht über die halbjährige Tätigkeit des Vorstandes. 2. Re  
Vorstandemitteldes. 3. Verschiedenes.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber soll kein Steinmetz abwesend sein und  
Zutritt. Gäste sind willkommen. 882  
Der Vorstand

**Massen-Versammlung**  
sämtlicher im kaufmännischen Gewer  
Angestellter (Gehilfen, Gehilfinnen, Hausdiener  
am Freitag, den 24. Januar, Abends 9 Uhr, bei Buggehu  
(am Moritzplatz).  
Tages-Ordnung:  
1. Die ist der Schluss der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen um 12 Uhr  
zuführen? Referenten: Rieder und Grauer. 2. Der achtstündige Arbeitstag und  
für den selben am 1. Mai 1890. Referenten: Alb. Tuerbach und Aug.  
3. Diskussion und Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden im kaufmännischen  
Angestellten, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
987 Die Einberufer: Aug. Sinae, Handlungsgehilfe; D. Grauer, S  
Der Vorstand

**Verein zur Wahrung der Interessen  
der Klavierarbeiter  
und verwandter Berufsgenossen.**  
Am 15. Februar:  
**Grosser Wiener Masken-Ba**  
in den Sälen der Berl. Brauerei (Tempelhofer Berg)  
Anfang 8½ Uhr. Entree 50 Pf.  
Billets sind vorher zu haben bei Robert Schmidt, Stralauer Platz 23; Emil  
Adalbertstraße 64; H. Nagel, Wienerstraße 25; Karl Riediger, Di  
Ernst Rothe, Arn 14 24. Restaur m'.  
Das Komitee

**Aufruf**  
an alle Genossen des Frankfurt-Lebuser Wahlkreis  
und den in den Oberbrunnhörsen, an der Ostbahn, sowie an der Pre  
Wohnenden, hauptsächlich an die Bauhandwerker, welche in Berlin  
**Genossen!**  
Da die Reichstagswahlen am 20. Februar stattfinden sollen, so ist es auch  
und in den ländlichen Kreisen zu unterstützen, nicht nur daß Ihre Eure Stimme abgibt,  
notwendig, daß wir in jedem Ort, wo es nur irgend angeht, Versammlungen abhalten  
Kandidat Th. Metzner befindet sich von dieser Woche an im Wahlkreis und bitten  
um Zusendung von Adressen; es wird dann in nächster Zeit eine Vertrauensmänner  
lung in einem geeigneten Orte stattfinden.  
Alle bezüglichen Adressen, sowie Sendungen sind an Emil Faber, Schußma  
in Frankfurt a. d. Oder, Tuchmacherstraße 83, zu adressieren.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Frankfurt-Lebuser Wahlkreis  
Im Auftrage: Laskowsky.  
Dem Onkel Gustav Schmidt mit dem  
Tituslopf zu seinem heutigen Wiegenfeste ein  
dreimal donnerndes Hoch!  
Au, haben wir einen Brand. [901  
Karl, an den Kalms piepe nicht!  
Freunde K. K. zu seinem Wiegenfeste  
nerndes Hoch! Andreas fall! R. G.

# 1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 20.

Freitag, den 24. Januar 1890.

7. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.  
An Bambergsche v. Böllinger, Herrfurth,  
a. Reichall, Feld, Bohmann.

Die Spezialberatung der Vorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie wird fortgesetzt, und zunächst die neue Fassung des § 11, Abs. 2, wonach bei periodischen Druckschriften das Verbot sich auf das fernere Erscheinen erstreckt, sobald innerhalb eines Jahres nach einem am Grund dieses Gesetzes erfolgten Verbot einer einzelnen Nummer ein ferneres Verbot erfolgt, ohne weitere Debatte angenommen.

Nach § 13 des geltenden Gesetzes ist dem Verleger oder Herausgeber resp. Verfasser einer Druckschrift das Verbot durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen. Die neue an die Reichskommission zulässige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Kommission hat den Wortlaut des § 13 dahin erweitert resp. abgeändert, daß in der Verfügung die das Verbot anzuwendenden Stellen der Schrift zu bezeichnen, trennbare Teile der Druckschrift, die nichts gegen das Gesetz Verstößendes enthalten, von dem Verbot auszuscheiden sind und daß die Beschwerde gegen das Verbot des ferneren Erscheinens einer einzelnen periodischen Druckschrift aufschiebende Wirkung haben soll.

Ein Antrag der Deutschkonservativen (Kraumann und Wernien) will die letzterwähnte Abänderung wieder beseitigen. Ohne Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt, § 13 in der Fassung der Kommission angenommen.

In den §§ 14 und 16 des Gesetzes von 1878 ist die Verhängung verbotener Druckschriften und das Verbot des Zusammenkommens von Beiträgen zur Förderung der durch das Gesetz betroffenen Bestrebungen angeordnet. Die Beschwerde ist nur an die Aufsichtsbehörden zulässig. Da die Vorlage nun allgemein den Klageweg gegen Verbote geöffnet will, so soll die bisherige Vorschrift bezüglich des Beschwerdebeweges im Wesentlichen bestehen. Ohne Debatte beschließt das Haus demgemäß.

Nach der Vorlage sollen die §§ 22-25 des bisher geltenden Gesetzes aufgehoben werden. In denselben ist bestimmt, daß gegen Personen, welche sich die Agitation für die sozialdemokratische u. s. w. Bestrebungen zum Geschäft machen, im Falle einer Verurteilung wegen Zuwiderhandlung gegen das Gesetz auch die Verhängung des Aufenthaltswahrs in bestimmten Orten verfügt werden kann; daß gegen Gastwirthe, Schenkwirthe, Buchdrucker, Buchhändler, Krippenhersteller unter diesen Voraussetzungen auf Konfiskation erkannt werden kann; daß endlich den auf Grund des Gesetzes Verurtheilten die Befugnis zur Verbreitung von Druckschriften und zum Handel mit Druckschriften entzogen werden kann.

Die Streichung der vier Paragraphen wird ohne Debatte beschließen.

§ 26 des letzten Gesetzes regelt die Zusammenlegung der Beschwerdekommision; die Vorlage schlägt in dem neuen § 22 eine anderweitige Zusammenlegung vor. Danach soll die Kommission aus 11 Mitgliedern bestehen; der Kaiser ernannt den Vorsitzenden, die Mitglieder werden vom Reichsrath aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte gewählt.

Abg. Kraumann (nl.) erklärt, daß er seinen in der Kommission gestellten Antrag auf Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts an Stelle der Reichskommission bei der eigenartigen Geschäftslage des Hauses nicht wieder aufnehmen wolle; er könne aber nach wie vor nur in einem Reichsverwaltungsgericht die besten Garantien erblicken und solche seien ihm nothwendig, wo das Gesetz dauernd gemacht werden solle.

Abg. Grillenberger (Soz.): Auch in der neuen Fassung dieses Paragraphen kann ich keinen Vortheil gegen früher erblicken. Was das liegt in dem Charakter des ganzen Gesetzes selbst. Wo von Grund aus das Recht nicht gegeben ist, sondern nur in dem ganzen Gesetz die Willkür eine Rolle spielt, kann auch die vorstichigste Zusammenlegung der Reichskommission nicht Rechtsgarantien hineinbringen. Die korrupte das Sozialistengesetz will auch auf Personen, die sonst gegen irgend welche Gesetze gefest sein sollten, ersehen wir aus den sonderbaren Ansichten der Staatsanwälte und Richter, die bei den Geheimbunde prozessen zu Tage traten. In der Generaldebatte der dritten Session werden wir ausgiebig über den Geheimbunde prozess in Elberfeld sprechen. Ein Beweis für die heutigen sonderbaren Rechtsbegriffe ist die Aeußerung des Oberfelders Staatsanwalts, es sei das Kriterium einer geheimen Verbindung gegeben, wenn ein Buchhändler irgend eine Broschüre herein in vorstichiger Verpackung auf den Markt bringe, daß sie verbreitet werden kann, ohne daß sie ein Verbot treffen kann. Gegen die Reichskommission haben wir eine ganze Reihe von Beschwerden darüber, daß sie die gerechten Beschwerden in unerschwerter Weise verschleppt.

Präsident v. Levetzkow: Ich kann es nicht zulassen, daß die Arbeiten des Reichstages, die pflichtgemäß handeln, angeklagt werden, daß sie ihre Arbeiten verschleppen.

Abg. Grillenberger: Ich habe nicht behauptet, daß sie es in holofer Weise thäten.

Präsident v. Levetzkow: Sie haben gesagt: „ungerechtfertigter Weise verschleppen“.

Abg. Grillenberger: Ich will diesen Ausdruck zurücknehmen, um mir nicht einen Oedbrungsruß anzuziehen. Ich habe nicht einfach die Verschleppung seitens der Reichskommission. Die das Privatpersonen schädigen kann, darüber dürfte auch die Reichskommission selbst unterrichtet sein. Als im Anfang des Reichens des Gesetzes in Augsburg ein Blatt verboten wurde, dauerte die Erledigung der Beschwerde ein halbes Jahr und dann wurde das Verbot aufgehoben. Im Dezember 1888 wurde ein in meinem Nürnberger Verlag erschienener Kalender verboten, weil in dem Geschäftskalendarium ein Dutzend Attentate angeführt waren, nicht bloß gegen geheime Päpste, sondern auch gegen andere Staatsmänner. Ich habe die Daten hierüber anderen Geschäftskalendern entnommen und doch wurde mein Kalender auf Grund dieser historischen Thatsachen verboten. Das hat man wenigstens angeordnet; ich habe aber anderer Meinung darüber. In dem Tage, wo das Verbot ausgesprochen wurde, hatte ich hier eine recht ungewöhnliche Rede gehalten und an dem Abend desselben Tages des Kalenders ein. Als ich hier dann bewies, daß der Kalender nur wegen meiner damaligen Rede verboten sei, rückte man im Dezember war der Kalender verboten worden, und Ende März erst wurde seitens der Reichskommission dieses Urtheil aufgehoben. Mit einem Kalender ist aber kein Geschäft mehr zu

machen, wenn er ein Viertel oder ein halbes Jahr zu spät erscheint; dadurch kann ein Verlagsgeschäft leicht ruinirt werden. Herr v. Kardoff wird allerdings eine solche Wirkung wünschen, er sagt ja, das Gesetz solle uns nicht nur bekämpfen, sondern vernichten. Den Herren rechts würde es also Vergnügen machen, wenn durch so die Verschleppung der Beschwerden ein Verlagsgeschäft vernichtet würde. Wie stimmt das aber mit dem Recht überein? Die Reichskommission wird auch in ihrer künftigen Zusammenfassung uns nicht vor solchen Uebergriffen der Bestrebungen schützen. In der letzten Zeit hat allerdings die Reichskommission mildere Beschlüsse gefaßt, man meint aber allgemein, nur deshalb, weil die Beratung des Gesetzes vor der Thür stand. Ist das Gesetz unter Dach und Fach gebracht, dann werden die Polizeibehörden und auch die Reichskommission wieder ganz anders mit Verboten vorgehen. Wenigstens hat man uns in früheren Fällen vor den Wahlen auch immer größeren Spielraum gelassen, nach den Wahlen kam aber die Reaktion und neue Unterdrückung. Wenn eine Reihe von günstigen Erscheinungen vorkommt, vermuthet man draußen im Volke immer irgend etwas, und glaubt, daß der Rückschlag nachkommt. Sollte es diesmal nicht so sein, so wäre es uns nur angenehm. Ob die Kommission aus Mitgliedern der Verwaltungsgerichte der deutschen Staaten oder nur aus Mitgliedern, die in Berlin ihren Sitz haben, zusammengesetzt wird, ist in der Sache ganz gleichgültig; vernünftiger wäre es aber, wenn die Mitglieder alle an einem Orte wären, damit die Kommission jede Woche oder alle 14 Tage zusammen treten könnte. Bei den jetzigen langen Zwischenpausen zwischen den Sitzungen können viele Erörterungen geschähet werden. Wenn Sie glauben, durch die Beschlüsse der Kommission die dauernde Geltung des Gesetzes ermöglicht zu haben, so bitten Sie sich. Wollen Sie etwas leisten, das dem Rechtsbewußtsein des Volkes entspricht, so bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als die sämtlichen Paragraphen des Gesetzes abzulehnen.

§ 22 wird angenommen.  
In dem neuen § 23 der Vorlage wird der Geschäftsgang der Kommission geregelt. Die Kommission hat die Bestimmung, daß die Verhandlungen in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden sollen, getrichen und dafür hinzugefügt, daß die öffentlichen Verhandlungen die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung finden soll. Ferner soll nach dem Vorschlag der Kommission der Beschwerdeführer besetzt sein, sich der Hilfe oder Vertretung eines Rechtsanwalts zu bedienen.

Der Antrag der Deutschkonservativen will diese Abänderungen wieder beseitigen.

Abg. Regel (nl.): Die Bestimmung, daß der Beschwerdeführer besetzt ist, sich in jeder Lage des Verfahrens vertreten zu lassen, ist überflüssig, weil in dem ersten Absatz dieses Paragraphen bereits gesagt ist, daß die Verhandlung und Entscheidung erfolgen soll nach erfolgter Ladung der Beschwerdeführer oder dem „Bevollmächtigten“. Unser Vorschlag, daß die Verhandlung in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden, hat bereits in der Regierungsvorlage gestanden. Machen Sie die Sitzungen öffentlich, so werden Sie nicht verhindern können, daß der Inhalt der Druckschriften, welche den Gegenstand der Verhandlung bilden, nachher in der Presse verbreitet wird; Sie werden also das gerade Gegenteil von dem erreichen, was Sie wollen. Sie wollen allerdings auch der Beschwerdekommision, mit jedem Gerichtshof, das Recht geben, die Öffentlichkeit auszuschließen, aber auch hier werden Sie das gerade Gegenteil von dem erreichen, was Sie wollen. Sie werden nur das Obium von dem Reichstage ab- und auf die Beschwerdekommision hinüberwälzen. Sie werden das Vertrauen der Sozialdemokraten zu dieser Kommission nicht erhöhen, sondern vermindern. Nehmen Sie unseren Antrag an, so wird der Beschwerdekommision wenigstens zur Seite stehen, daß sie über den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht zu befinden hat, sondern einfach eine Gesetzesvorschrift ausführt. (Beifall rechts.)

Abg. Kraumann: Ich kann nicht zugeden, daß die Bestimmung über die Zulassung eines Rechtsanwalts bei der Beschwerdekommision überflüssig ist. Der Vorredner hat übersehen, daß in dem Kommissionsantrag steht „in jeder Lage des Verfahrens“. Nach den Vorschriften des ganzen Gesetzes ist nur bei jeder mündlichen Verhandlung die Zulassung eines Bevollmächtigten zugelassen. Es kommt aber darauf an, daß in dem Instruktionsoverfahren durch Schriftsätze, welches dem mündlichen Verfahren vorausgeht, schon der Schutz durch einen Rechtsanwalt eintritt. Auf die Öffentlichkeit der Verhandlung können wir nicht verzichten. Dies ist vor allem da nöthig, wo das Verbot der Druckschriften u. s. w. sich als nicht gerechtfertigt erweist. Aber selbst da, wo das Urtheil der Vorinstanzen bekräftigt wird, liegt kein Grund vor, Aeußerungen, welche die öffentliche Ordnung bedrohen haben, in keiner Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ich glaube, daß die Bekanntheit dieser Aeußerungen in Schriften und Versammlungen zu thun. Für Ausnahmefälle aber giebt das Gerichtsverfassungsgesetz ausreichenden Schutz. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen wird wesentlich dazu beitragen, diese Instanzen in den Augen des Publikums von dem Verdachte zu reinigen, der bis jetzt gegen sie vorliegt.

Staatsminister Herrfurth: Ich kann namens der verbündeten Regierungen nur den Wunsch aussprechen, daß das von dem Herrn Abg. Regel beschriebene Amendement zu § 23 dem Beifall des hohen Hauses finden möge, wie ich denn überhaupt nur wünschen kann, daß die sämtlichen auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage gerichteten Amendements hier angenommen werden mögen. Meine Herren, was das Amendement zu § 23 anlangt, so will ich zugeben, daß die von der Kommission beschlossenen Abänderungen der Regierungsvorlage nicht gerade von einer ganz prinzipiellen Bedeutung sind, daß sie sich mehr und minder in der Richtung bewegen, welche die verbündeten Regierungen selbst in ihrer Vorlage eingeschlagen haben, daß sie aber doch erheblich weiter gehen, als dies in der Regierungsvorlage für zulässig erachtet worden ist. In der Regierungsvorlage ist mir lediglich auf Dasjenige, was dieser Hinsicht bezügle ich mich lediglich auf Dasjenige, was der Herr Abgeordnete Regel gesagt hat; etwas Weiteres glaube ich demselben nicht hinzufügen zu sollen. Ich möchte aber doch zur Begründung des Wunsches, den ich ausgesprochen habe, auf die Stellung hinweisen, welche die verbündeten Regierungen bei Einbringung der Vorlage eingenommen haben und welche sie demgemäß den Abänderungen gegenüber einnehmen müssen, welche von Ihrer Kommission vorgeschlagen worden sind. Die verbündeten Regierungen sind davon ausgegangen, daß sich das Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 im Großen und Ganzen durchaus bewährt hat. Das Gesetz hat keineswegs vermocht, eine weitere Ausbreitung der Irrlehren der Sozialdemokratie zu hindern, dazu war dasselbe aber weder bestimmt, noch seiner Natur nach geeignet. Das Gesetz war gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

gerichtet und mit Hilfe dieses Gesetzes ist es allerdings auch möglich geworden, die auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in friedensfördernder Weise sich geltend machenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in Schranken zu halten; es ist möglich geworden, die Ruhe und Ordnung liebende Bevölkerung vor der Nöthigung zu bewahren, mit welcher sie durch diese mit geschwundenen Mitteln zu gleichwichtigen Zwecken arbeitende Agitation bedroht worden ist. Es ist dies namentlich gelungen mit den wirksamen Mitteln, die das Gesetz bietet, mit den werthvollsten Bestandtheilen desselben: nämlich mit den Vorschriften wegen des Verbots und der Auflösung von sozialdemokratischen Versammlungen, des Verbotens und der Schließung von sozialdemokratischen Vereinen, des Verbots von Druckschriften, in welchen sozialdemokratische Umsturzbestrebungen in friedensfördernder Weise hervortreten. Dazu hat aber auch in den einzelnen Orten, welche durch derartige Bestrebungen der Sozialdemokratie besonders bedroht waren, die Anwendung derjenigen Vorschriften mitgewirkt, welche in dem § 23 dieses Gesetzes zusammengefaßt sind, und welche man unter der Bezeichnung des kleinen Belagerungszustandes zusammenfaßt. Mit Hilfe der Vorschriften dieses Gesetzes ist es gelungen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und jedem Versuch der Störung derselben mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Aber meine Herren, dieses Gesetz hatte allerdings und hat noch heute einen sehr großen Mangel, und dieser Fehler des Gesetzes liegt in seiner Fristbestimmung. Die Fristbestimmung ist dazu geeignet, die Wirksamkeit des Gesetzes abzuschwächen, die Agitation, welche es verhindern soll, immer von Neuem hervorgerufen und ihre neue Nahrung zu geben. (Sehr richtig! rechts.) Die verbündeten Regierungen halten es deshalb für dringend erforderlich, daß dem Gesetze dieser Mangel genommen werde und das Gesetz als ein fristloses, auf die Dauer geltendes erlassen werde, und sie glauben, daß alsdann dem Gesetz eine sehr erhöhte Wirksamkeit beizumessen sein wird. Und gerade mit Rücksicht darauf, daß, wenn das Gesetz als ein dauerndes erlassen wird, es auch eine sehr erhöhte Wirksamkeit äußern wird, haben die verbündeten Regierungen ihrerseits es für zulässig erachtet, eine Reihe von Polizeimaßnahmen und Strafverfügungen, welche in dem Gesetz enthalten waren, in Wegfall zu bringen, und sie haben es namentlich für zulässig erachtet, an Stelle der lediglich an die Aufsichtsbehörde zu richtenden Beschwerden eine vollständige Rechtskontrolle einzuführen, und zwar, so weit es sich um die Verbote und Auflösungen von Versammlungen handelt, durch die Zulassung des Verwaltungsrechtswegs, so weit es sich um Verbote von Vereinen und Druckschriften handelt, durch die Einsetzung eines mit allen Garantien richterlicher Unabhängigkeit ausgerüsteten, in kontradiktorischer Verfahren verhandelnden Gerichtshofes, welcher an dieser Stelle die zur Zeit noch mangelnde Institution des Reichsverwaltungsgerichts zu ersetzen geeignet ist. Aber die verbündeten Regierungen glauben mit dieser Vorlage auch diejenige Grenze erreicht zu haben, deren Ueberschreitung die Gefahr nahe bringt, daß es nicht mehr möglich sein würde, mit den vorhandenen Mitteln der ungeschlichen Agitation der Sozialdemokratie in erfolgreicher Weise stets entgegen zu treten; sie glauben, daß eine weitere Abschwächung die Gefahr mit sich bringt, daß nicht mehr darauf gerechnet werden kann, mit diesen Mitteln die öffentliche Ruhe und Ordnung immer und überall aufrecht zu erhalten. Und die Gefahr, welche die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind und in friedensfördernder Weise hervortretenden Bestrebungen der Sozialdemokratie mit sich führen, ist wahrlich nicht zu unterschätzen. Meine Herren! Diese Gefahr trifft keineswegs ausschließlich oder auch nur in erster Linie die Regierung selbst; nein — es ist zwar richtig, daß die Sozialdemokratie einen durchaus antimonararchischen Zug hat, und daß insofern sich ihre Bestrebungen auch unmittelbar gegen die Regierungen richten; — aber bei der Sozialdemokratie liegt der Schwerpunkt doch weniger auf den vier letzten Silben, als auf den drei ersten. Hauptächlich sind es die Angriffe gegen das, was die Sozialdemokratie als kapitalistische Produktionsweise bezeichnet; da, glaube ich, kann man allerdings sagen: nicht die Regierungen sind es hauptsächlich, die diese Gefahr laufen, sondern es ist die Gesellschaft, welche in diesem hohen Hause ihre Vertretung findet, es sind wesentlich auch diejenigen Parteien, welche eine weitere Abschwächung der Regierungsvorlage oder eine gänzliche Verwerfung der Regierungsvorlage in diesem Hause beantragen. (Sehr richtig! rechts.) Ihnen gegenüber, glaube ich, bin ich ganz berechtigt zu sagen: „Aua res agitur!“ (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, in der letzten Nummer des „Sozialdemokrat“ ist in einem verhältnismäßig ruhig geschriebenen Artikel ausgesprochen, die Sozialdemokratie sei die „revolutionärste Partei, die die Geschichte kenne“; an einer anderen Stelle wird gesagt, daß sie ihre Ziele zu erreichen bestrebt sei und erreichen könne nur durch die fortwährende Steigerung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Ich glaube, diese Aussagen sind durchaus zutreffend. Nun möchte ich sagen: es unterscheidet sich eben die Sozialdemokratie von jeder anderen politischen Partei dadurch, daß sie gegen die Grundlagen und die Existenzberechtigung des modernen Staates sich richtet, während alle anderen Parteien ihre Bestrebungen auf der Grundlage dieser Rechtsordnung verfolgen. Da kann man doch wirklich zu der Frage kommen: sind die Vorschriften und Bestimmungen, welche diese Gesetzesvorlage enthält, nicht eigentlich eher zu milde als zu hart? (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie als solche negirt die Existenzberechtigung und die Grundlagen des modernen Staates. (Sehr richtig! rechts.) Nun könnte man wohl in logischer Konsequenz dahin gelangen, daß man sagte: wenn der Staat auch dem einzelnen Sozialdemokraten in seiner privatrechtlichen Beziehung den Schutz, den die Staatsordnung jedem Staatsbürger gewährt, zubilligen muß, so ist es doch eigentlich eine Art Selbstmord, wenn er auch Denjenigen, welche auf die Vernichtung dieser Staatsordnung ausgesprochenen Maßnahmen hinausgehen, die auf dieser Staatsordnung beruhenden politischen Rechte zugestehet. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, im Lichte dieser Erwägungen werden Sie wohl dazu kommen, zu sagen, daß die Vorschläge, welche die verbündeten Regierungen Ihnen machen, eher milde als drakonisch sind, und daß kein Grund vorliegt, eine weitere Abschwächung derselben einzutreten zu lassen. Denn ich wiederhole noch einmal: die Sozialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß sie auf die Vernichtung dieser Staatsordnung ausgesprochenen Maßnahmen hinausgeht. (Sehr richtig! rechts.) und daß sie die Neigung hat, diese ihre Theorie auch in die Praxis zu übersehen. Sie können im Hinblick hierauf sagen, daß undemüthig und latent eigentlich in jeder sozialdemokratischen Versammlung die Reime des Auftrubs vorhanden sind. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, es ist wie wir neuerdings ja hier in Berlin wiederholt gesehen, ein sehr großer Zauber, den die Führer dieser Partei durch ihre Person und durch ihre Schlagworte auf die große Masse ihrer Anhänger

ausüben. Aber sie sind deswegen keineswegs große Zauberer; denn sie vermögen wohl die Geister zu rufen, aber nicht wieder zu bannen. (Sehr gut! rechts.) Und wenn durch einen Redner in solchen Versammlungen erst einmal die Massen in Bewegung gesetzt worden sind und dann von ihnen der Versuch gemacht wird diese Agitation mit ungeschicklichen Mitteln zu ungeschicklichen Zwecken auch praktisch ins Werk zu setzen, dann ist jeder Versuch des Zurückhaltens vergebens, dann wird der Führer selbst mitgerissen, dann kann man von ihm sagen: Du glaubst zu schiefen, und Du wirst geschoben. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn die Sache erst einmal so weit ist, sind alle Versuche, die Massen wieder innerhalb der Schranken der gesetzlichen Ordnung zu halten, vergebens; dann befinden sich die Führer in der Lage des armen Zauberehrings:

Wo ich rief die Geister  
Werd ich nun nicht los.

(E. Schafes Bravo rechts.)

Abg. Plehm (Sachsen) tritt den Ausführungen des Abg. Kulmann entgegen. Das Gerichtsverfassungsgesetz biete für den Ausschluß der Öffentlichkeit keine ausreichende Garantie, diese müsse durch das vorliegende Gesetz gegeben werden.

Der konservative Antrag wird in allen seinen Theilen abgelehnt, und § 23 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 28 des geltenden Gesetzes enthält die Bestimmungen über den sogenannten Kleinen Belagerungsstand. In dem neuen § 24 der Vorlage wird dieser kleine Belagerungsstand auf die Ausweisungsbefugniß beschränkt, die anderen einschränkenden Vorschriften in Bezug auf die Genehmigung von Versammlungen, Verbreitung von Druckschriften und bezüglich des Waffentragens werden fallen gelassen.

Die Kommission hat gegen § 24 vier Vorkorrekturen, die die Deutschkonservativen beantragen die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Fuhl (nat.): Die wichtigste Wirkung des bisherigen Gesetzes war die, die revolutionären, gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Erfolg zurückzudrängen. Auch ich erkenne die Bestimmungen gegen die Vereine, gegen die Presse und gegen Versammlungen, als die wichtigsten an. Auch das gebe ich dem Herrn Minister zu, daß die Fristbestimmung in dem bisherigen Gesetz eine schädliche Wirkung gehabt hat. Wir haben uns deshalb entschließen müssen, das Gesetz als ein dauerndes zu bewilligen, dauernd in dem Sinne, bis es durch Uebereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren als möglich erscheint, es wieder aufzuheben. Denn ich hoffe, daß es in Zukunft durch unsere arbeitsfreundliche, sozialpolitische Gesetzgebung gelingen wird, die Arbeiterverhältnisse wieder so zu bessern, daß wir auf das Gesetz verzichten können. Zur Zeit aber halt ich es mit dem Herrn Minister für geboten, das Gesetz als ein dauerndes zu beschließen. Nur bei dem vorliegenden Paragraphen können wir den Anschauungen der verbündeten Regierungen nicht beitreten. Dadurch, daß die Ausweisung in ein dauerndes Gesetz aufgenommen wird, bekommt sie einen ganz anderen Charakter, als in dem bisherigen Gesetz. In der seitigen Fristbestimmung lag eine Kontrollbefugniß des Reichstages, auch über die Ausübung dieses Paragraphen, die jetzt fortfällt. Die Motive eines früheren Sozialengesetzes der verbündeten Regierungen sind für uns in dieser Beziehung heute nach Maßgebend. Nach diesen Motiven stimmen alle Wahrnehmungen überein, daß die vom Ausweisungsparagrafen betroffenen Personen in der Regel die Agitation für die Sozialdemokratie immer und grundsätzlich an dem neuen Aufenthaltsort in verstärkter Weise wieder aufnehmen und die Sozialdemokratie dadurch häufig in Gegenden fortpflanzen, welche bisher von der sozialistischen Propaganda wenig oder gar nicht berührt waren. Es ist also in einer Regierungsvorlage bestimmt anerkannt, daß die Ausweisung der Agitatoren schädlich wirkt, und wir können diesen Satz aus unserer eigenen Erfahrung nur bestätigen. Man wird sich fragen müssen, ob die Agitatoren an den Orten, wo sie bisher waren, mehr Schaden können, als wenn sie nach der Ausweisung kommen. Unserer Meinung nach liegt der letztere Fall vor. An den in dem Kleinen Belagerungsstand erklärten Orten ist die ganze Einrichtung und Organisation der Polizei eine viel sorgfältigere, als an den Orten, wohin sich die Agitatoren nach der Ausweisung wenden. Eine wirkliche Überwachung der Agitatoren ist also nur an jenen Orten möglich. Wir glauben deshalb zweckmäßig zu beschließen, wenn wir die Ausweisung nicht bewilligen. Wir haben aber in der Kommission einen bindenden Einwand seitens des Vertreters der verbündeten Regierungen anerkennen müssen, daß nämlich die plötzliche Rückkehr einer großen Anzahl von Ausgewiesenen eine große Gefahr für die betreffenden Orte bedeutet. Dieser Gefahr gegenüber halten wir eine Uebergangsbestimmung vorgeschlagen, daß man die Rückkehr der Ausgewiesenen für eine bestimmte Zeit von der landespolitischen Geländebildung abhängig macht. Indem wir Sie jetzt ersuchen, bei den Beschlüssen der Kommission, die Ablehnung des § 24 beifolgend, zu beschließen, so wollen wir Ihnen damit keineswegs eine Ablehnung des ganzen Gesetzes zumuten, denn ich habe nochmals zu betonen, daß unsere Partei von der Bedeutung der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren ebenso durchdrungen ist, wie irgend eine andere. Auch wir fühlen uns verpflichtet, dem Staate zu helfen, aber in der vorliegenden Frage glauben wir, nach unseren Erfahrungen und nach Anleitung einer früheren Regierungsvorlage selbst durch Festhaltung unseres Standpunktes dem Staate besser dienen zu können, als wenn wir die Ausweisungsbefugniß bewilligen.

Abg. v. Bredow: Das ein dauerndes Gesetz gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie erforderlich ist, darüber ist die große Mehrheit dieses Hauses einig; nur über einige Fragen der Zweckmäßigkeit werden wir uns noch zu verhandeln haben. Ein dauerndes Gesetz hat den Vorzug, daß es das Rechtsbewußtsein des Volkes fesselt, weil es festhält, daß Bestrebungen, die sich auf die Zerstörung und Untergrabung der Grundlagen der modernen Gesellschaft richten, überall und zu jeder Zeit zu bekämpfen sind. Herr Singer hat neulich einmal gesagt, das Sozialengesetz bilde den eisernen Reiß, der die Sozialdemokratie zusammenhalte und keine Spaltung innerhalb der Partei auskommen lasse. Ich selbst habe es vor einiger Zeit es ausgesprochen, daß Niemand die Erhaltung des Sozialengesetzes mehr wünsche, als die Sozialdemokratie. (Abg. Wehe! Dann schassen Sie es doch ab!) Der Herr, den das bisherige Gesetz für die Sozialdemokratie behaftet hat, liegt eben in seiner beschränkten Gültigkeitsdauer. Das bisherige Gesetz war ferner ein Hilfsmittel, um innerhalb der Sozialdemokratie die Richtung niederzuhalten, die man Anarchismus nennt. Herr Singer hat uns gestern die merkwürdige Zumuthung gestellt, den Anarchismus als eine berechnete Anschauungsweise gelten zu lassen. Wer die Verhandlungen in St. Gallen richtig verstanden hat, wird trotz der Ablehnung der Sozialdemokraten sehr wohl den Zusammenhang zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie erblicken. Neue Verhandlungen waren eben zugeschnitten für das große Publikum und sollten den Zusammenhang verdeutlichen, weil die Herren einsehen, daß es jetzt noch nicht Zeit ist, mit Gewalt vorzugehen. Die Frage des Ausweisungsparagrafen ist wesentlich eine Zweckmäßigkeitsfrage, und ich will erklären, daß die Bestimmung, wie sie von der Regierung verlangt wird, meine Zustimmung hat. Die Ausweisungsbefugniß darf nicht an den Belagerungsstand gebunden sein, sondern muß überall angewendet werden können, wo gewerkschaftliche Agitatoren sich wirksam zeigen. Ohne jede Maßregel gegen diese gewerkschaftliche Agitation halte ich das Gesetz für unvollständig. (Sehr richtig! rechts.) Ich bedauere sogar, daß die Regierung in allen §§ 22 und 23 hat fallen lassen. Jedenfalls aber bitten wir für die Wiederherstellung der Ausweisungsbefugniß

ein. Die sozialdemokratische Bewegung stellt einen gewissen pathologischen Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft dar, und darnach erorden sich auch die Mittel gegen dieselbe. Es genügt nicht, die Gesundheit — um bei dem Bilde zu bleiben — vor Beschaffen zu schützen, wir müssen auch heftend eingreifen. Vielleicht hätte in letzter Beziehung, namentlich was unsere Sozialpolitik anbetrifft, noch mehr gesehen werden können, aber ich hoffe dieses von der allernächsten Zeit. Die soziale Frage überhaupt lösen zu wollen, ist nicht notwendig. Es gibt aber viele einzelne Gebiete, auf denen eine erfolgreiche Arbeit etwas ausrichten kann. In den prophylaktischen Maßregeln gehört die Erhaltung der Autorität. (Sehr richtig! rechts.) Nach dieser Richtung ist vielfach bei uns gesündigt worden, und doch ist dieses ebenso wichtig, wie das Eintreten für das Wohl der Arbeiter. Die Wirksamkeit der Agitatoren hat eine Stärke gewonnen, die überall die größten Gefahren mit sich führt. Versehen Sie auch nicht das Wachsen des internationalen Charakters der Sozialdemokratie. Die ganze Industrie und unser wirtschaftliches Leben ist durch die in die große Bewegung der Bergarbeiter mehr und mehr eingreifende — ich will nicht sagen leitende — Hand der Sozialdemokratie in Gefahr gerathen. In diesem Moment ist die Herstellung eines Gesetzes mit unzureichenden Mitteln ein entschieden politischer Fehler. Wir dürfen uns auf keinen Fall die Schlafmütze über die Ohren ziehen. Eine ungeheure Masse von ländlichen Arbeitern hat noch einen richtigen, tüchtigen Sinn bewahrt. Wir müssen verstehen, daß auch diese angegriffen werden. So lange die Regierung erklärt, weitere Abschwächungen der Vorlage nicht annehmen zu können, werden wir auch gegen dieselbe stimmen. Da wir schon jetzt überzeugt sind, daß die gegenwärtige Vorlage bereits zu milde ist, so werden wir, wenn die Ausweisungsbefugniß abgelehnt wird, gegen das ganze Gesetz stimmen, es sei denn, daß schließlich die Regierung erklärt, sie könne mit dem Rest von Maßregeln auskommen. Nur in diesem einen Falle, wenn die Regierung ausdrücklich im Hause erklärt, daß sie das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagrafen für annehmbar hält, werden wir für das Gesetz stimmen. Falls das Gesetz nicht zu Stande kommt, wird die vorliegende Frage bei den Wahlen zum neuen Reichstag eine große Rolle spielen. Der neue Reichstag wird eine Verhandlung gewiß finden, weil sie gefunden werden muß. (E. Schafes Bravo rechts.)

Abg. Windthorst: Es wäre allerdings am besten, diese Frage dem nächsten Reichstag vorzulegen, und ich halte auch nach dem langen Zaudern, die Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen erariet, daß dieselbe Erwägung bei der Regierung vorliegt, da, so lange die Nationalliberalen die Ausweisung nicht bewilligen wollen, an ein Zustandekommen des Gesetzes nicht zu denken ist, denn die Regierung hält ja an der Ausweisung fest. Jetzt arbeiten wir ganz vergeblich. Die Ausweisung selbst zu bewilligen, fällt Niemanden meiner Freunde ein. Manche derselben haben ja früher für die Verlängerung des Gesetzes auf eine gewisse Zeit gestimmt, jetzt handelt es sich aber darum, die Ausweisungsbefugniß dauernd zu geben, und dazu kann sich keiner meiner Freunde verstehen. Wir fürchten auch nicht, daß unsere Freunde im Lande uns desanousiren werden, im Gegentheil würde ein harter Ansturm gegen uns sein, wenn wir anders handelten. Ein dauerndes Ausnahme-gesetz können wir nicht bewilligen, da wir als die geborene Minorität stets gewärtig sein müssen, daß gegen uns Ausnahme-gesetze dekretirt werden, und unser Schutz nur darin liegt, daß das gemeine Recht für Alle gilt. Zudem ist die Ausweisung eine überaus harte Maßregel ohne jede Analogie im Rechtsleben, und sie hat gerade, weil sie so hart ist, Viele bewegt, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Die Ausweisung hat auch ihren Zweck nicht erreicht, sondern vielmehr dazu beigetragen, die Grundsätze der Sozialdemokratie in weitere Kreise zu tragen. Gerade infolge der Verdrängung der sozialdemokratischen Führer aus den Zentren aus das Land haben wir in letzter Zeit so außerordentlich unter den Arbeiterbewegungen zu leiden gehabt und sind noch davon bedroht. Für gemeingefährlich halten wir die sozialdemokratischen Bestrebungen auch, und ich würde Alles darum geben, wenn ich sie verhindern könnte. Indessen auf dem Wege, den wir jetzt wandeln, ist dies nicht möglich. Wenn aber diese Lehren schon bei den höchsten Autoritäten des Landes Berücksichtigung finden, wenn die ganze Richtung der volkswirtschaftlichen Wissenschaft mehr und mehr auf diesem Gebiet einget, können wir uns nicht wundern, daß diese Lehren in den breiten Massen des Volks Anklang finden, da darin Ausflüchten eröffnet werden, die außerordentlich angenehm sind für Jedermann — wenn sie überhaupt ausführbar wären. Wir halten Sie für unausführbar. So lange die Sozialdemokraten diese Lehren nur theoretisch erörtern, kann man zufrieden sein, aber dabei bleibt es leider nicht. Allerdings haben die Sozialdemokraten hier im Hause im Laufe der Jahre ihre frühere Haltung wesentlich modifizirt und sind mehr und mehr von dem revolutionären Wege abgewichen, sie haben auch bestimmt erklärt, daß sie die anarchischen Bestrebungen nicht theilen. Die anarchischen Bestrebungen müßten eigentlich erst näher besprochen werden, ehe man darüber so allgemein urtheilen kann, wie es hier geschehen ist. So lange die Anarchisten eine geheime Reform der Gesellschaftsordnung wollen, haben sie das volle Recht wie die Sozialdemokraten und unterscheiden sich von diesen nur durch die Mäßen. Absolut unzulässig ist es aber, wenn die Anarchisten ihr Ziel durch offene Gewalt erreichen wollen. Ich hätte doch gewünscht, daß die Sozialdemokraten gestern mit größerer Entschiedenheit gegen die Anarchisten Front gemacht hätten. Ueber die Privatverhältnisse der Anarchisten kann ich nicht urtheilen, ich kenne sie nicht, aber wer offen mit Gewalt die bestehenden Verhältnisse umstürzen will, hat meine Achtung nicht. Reich gegen diese Bestrebungen das bestehende Kriminalgesetz nicht aus, so müssen weitere Maßregeln in demselben getroffen werden. Ich betone, daß meine Freunde und ich entschiedene Gegner der Sozialdemokraten waren, sind und bleiben werden. (Zustimmung im Centrum.) Der unsere religiöse Ueberzeugung kennt, kann nicht daran zweifeln. Aber manche Leute im Lande haben ein Interesse daran, Glauben zu machen, daß wir die sozialdemokratischen Grundsätze nicht mißbilligen, und um solchen Einflüsterungen entgegenzutreten, soweit überhaupt gegen das Fischen der Volkseumung aufzukommen ist, habe ich das klar und bestimmt hier sagen müssen. Wie sollen wir aber diese Grundsätze bekämpfen? Die bloß theoretischen Erörterungen auf dem Wege einer Reform der Gesetzgebung können wir auf demselben Wege durch Ideen bekämpfen. Ideen können überhaupt nicht anders mit Erfolg bekämpft werden, als indem man ihnen Ideen entgegensetzt, um ihr Anrecht zu beweisen. Das ist nicht genügend geschehen. Unser ganzes Schulwesen ist nicht darnach angethan, um mit Energie die Irrlehren zu bekämpfen. Bessern wir das Schulwesen, und wir werden bessere Resultate haben. Und die Religion muß erhalten werden, wo sie noch ist, und wieder hergestellt werden, wo sie nicht mehr ist. Aber die Staatsmänner der Gegenwart scheinen in dem Wahne befangen zu sein, daß sich Religion von Staatswegen lehren und üben lassen könne. Daher ist die freie Bewegung der Kirche gehindert. Man hat mir andere Länder, namentlich Belgien, entgegengehalten. Ich kenne die kirchlichen Verhältnisse der einzelnen Länder nicht genügend, wenn aber in Belgien Erscheinungen unangenehmer Art vorgekommen sind und noch vorkommen, so hat die Geistlichkeit dort ihre Pflicht nicht richtig erkannt und deshalb nicht richtig erfüllt. Aber doch ist der Klerus dort mit aller Gewalt bemüht, die richtigen Grundsätze darzulegen und zu fördern, und ich zweifle nicht, daß das Versäumte wieder auf gemacht werden wird. In Deutschland dagegen hat bis in die neueste Zeit die Sozialdemokratie in den katholischen Landesheilen den Erfolg nicht gehabt, wie in den andern. Es sollte mich aber gar nicht wundern, wenn

allmählig das böse Gift der sozialdemokratischen Lehren auch die katholische Kirche eindringt. Das ist dann eine Frucht der politischen Wirren, welche die Regierung unthätig heraufbeschworen hat und welche zu beseitigen sie heute noch nicht entschlossen ist. Besserung ist ja eingetreten, aber volle und ganze Umkehr noch errückt. Namentlich in den Kohlenbezirken haben die Arbeiter dort wider den ihre segensreiche Wirksamkeit noch zu erneuern können. Man fürchtet doch also die Arbeiterbewegung noch lange nicht so, wie einzelne Männer, die ihre Willkür nur auf dem rechten Weg erhalten wollen, und die Regierung wird nicht eher zum Bewußtsein daran kommen, als bis sie ad oculos demonstrirt ist. Geben Sie uns die Freiheit, die Kirche und Kirchenorgane zurück, so wird in Deutschland die Sache in Ordnung gehalten werden können. (Beifall im Centrum.) Allerdings kann auch der Staat mit der Handhabung der Polizei und den gesetzlichen Bestimmungen zu Hilfe kommen. Die Gesetze über Kranken-, Unfall- und Alters-Versicherung sind gut, aber die Hauptsache ist noch immer vernachlässigt. Ich spreche mich, daß Herr von Hellbott seine einflussreiche Stellung erheben hat, um die Schutzgesetzgebung für die Arbeiter in Erinnerung zu bringen. Es wird sich zeigen, wo wir wahrscheinlich am Ende dieser Woche nach Hause zu werden, nicht mehr möglich sein, diese Gesetze zu machen, möglichst wäre es noch — der Herr Reichstagsler kommt heute Abend —, daß von dieser Tribüne herab gesagt wird, die erste Vorlage im neuen Reichstage soll die Arbeiter-Schutzgesetzgebung sein. Das würde einen guten Eindruck im Lande machen und vielleicht auch den Kartellparteien die Wahlen nützlich sein, vielleicht noch nützlich als die Begünstigte bei den Septennatswahlen. Der Unterschied zwischen dieser ist der, daß jetzt wirklich ein innerer Feind da ist, damals nicht. Die Schutzgesetze müssen kommen, und die der Reichstag am 20. Februar gewähnt ist, muß es am 20. März berufen werden, lediglich um die Schutzgesetzgebung zu machen. Das ist besonders notwendig gegenüber derartigen Bewegung, welche die Arbeiter nach den Beschlüssen Paris im Mai durch die ganze Welt ausführen wollen. Der Bundesrath dies so ruhig mit ansehen, demüthigt die Sache. Dieser Bewegung gegenüber werden wir wahrscheinlich zu spät kommen, jedenfalls müssen wir alles, was wir vornehmen können, am 20. März beginnen. Ausnahmen können nichts, sie haben die Sozialdemokratie nur noch intensiver gemacht und zur Konspiration getrieben. Heilung ist nur möglich in der Öffentlichkeit, vollen Lichte der Sonne. Ich fürchte, es kommt die Zeit, wo man die Verbreitung in solchem Umfange entdeckt, daß Mittel des Staats dagegen nichts mehr helfen. Das liegende Mittel haben wir immer verweigert und thun es jetzt. Ich behaupte, daß wir der Regierung nicht helfen können, weil sie nicht auf richtigem Wege ist. In der Regierung folgen, soviel ich kann, wenn sie auf dem rechten Wege ist, hier ist sie es nicht. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bredow: Der Abg. Windthorst hat im Hause die Regierung den Reichstag auf den 20. März rufen. Ich glaube, das ist Sache des pflichtmäßigen Ermessens der verbündeten Regierungen. Der Abg. Windthorst hat Parallelen zwischen den jetzigen und den Septennatswahlen deutet an, daß jene Wahlen durch das Trugbild der französischen Invasion beeinflusst worden seien, und das hat er, nach geschichtlich festgestellten Thatsachen, doch nicht nur mit einer Stimme Majorität der Reichstages Deutshland abgelehnt war. (Hört! hört!) Der Reichstag behauptet ferner, die Regierungen seien von den Sozialdemokraten angegriffen worden. Die katholische Kirche hat sich mit der sozialen Frage noch früher beschäftigt als die Regierung, ich erinnere nur an die Leistungen des Bischofs von Mainz. (Abg. Windthorst: War kein Sozialdemokrat.) In der Regierung sind auch keine Sozialdemokraten, sondern Herr Abg. Windthorst. Die Abg. Siegel und Hise haben sich recht intensiv mit den sozialwissenschaftlichen Fragen und sind auch keine Sozialdemokraten. Jedenfalls kann man nicht behaupten, die Regierung habe durch ihre Beschäftigung mit der sozialen Frage die Sozialdemokratie erst ins Leben gerufen. (Abg. Windthorst: Habe ich nicht gesagt!) Abg. Windthorst sprach wieder über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Schule. In Frankreich hat die katholische Kirche seit 30 Jahren die Schulunterricht in Händen gehabt und doch die sozialdemokratische Bewegung stärker als anderswo. Volkswissenschaften ist bei uns ein im Gange befindliches, das uns andere Nationen beneiden. In einem Punkte ist dem Abg. Windthorst Recht: alle Parteien dieses Reichstages erblicken in der Förderung der Arbeiter-Schutzgesetzgebung ein sicheres Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ist aber doch eine harte Zumuthung, daß die Regierung jetzt gleich oder beim Beginn des nächsten Reichstages ein vollständiges Gesetz vorlege, wie dieser Reichstag will. Die Regierung kann doch ihre Bedenken haben, wie ihnen Herr v. Stamm bereits im Ausdruck gegeben hat, und diese Bedenken müssen sehr ernst erwogen werden. Ich habe die Zuversicht, daß die Regierung nach Erwägung dieser Bedenken eine Arbeiter-Schutzgesetzgebung bringen wird. Der Abg. Windthorst hat durchblicken lassen, daß ein Theil seiner Freunde für eine Ausweisung auf sich zu haben sein werde. Ich glaube, von diesem Vorhaben alle Parteien zurückgekommen. Was die Stellung meiner persönlichen Freunde zu diesem Paragraphen anlangt, so stehen dieselben zum Theil auf dem Standpunkt des Herrn v. Bredow, zum Theil nähern sie sich dem Wahl'schen Standpunkt, selbst glaube, daß die Ausweisungen mehr Nachtheile als Vortheile gebracht haben. Durch den Ausweisungsparagrafen wird ein verschiedener Rechtszustand hervorgerufen. In Preußen kann der Ausgewiesene an die Verwaltungsgerichte gehen, im öffentlichen mündlichen Verfahren für seine Sache zu kämpfen. In Hamburg, Berlin dagegen hat der Ausgewiesene keine Rechte als die Beschränkung an die Regierungsbehörden, wie bisher. Das scheint mir ein sehr schweres Bedenken für die Ausweisungen überhaupt zu sein. An sich ist die Differenz zwischen denjenigen, welche die Ausweisung aus praktischen Gründen befürworten, und denjenigen, welche sie befürworten, keine so schwere. In einem großen Theil des Reiches kann die Ausweisung Verwaltungsgerichtlich angefochten werden, und das ist gegenüber dem jetzigen Zustande ein bedeutender Fortschritt. Ich meine, es würde die Aufrechterhaltung mancher anderer Bestimmungen für wichtiger halten, als für wirksamer zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als die Ausweisung. Ich würde auch einen dem entsprechenden Antrag gestellt haben, wenn ich auf eine Entscheidung rechnen könnte. Wenn dieses Gesetz nicht ausreicht, so muß ich auf den Gedanken der Expatirierung zurückkommen. Herr v. Puttkamer in seinem Gesetzentwurf angeregt, nur müßte die Expatirierung nicht der Willkür der Verwaltungsbehörden überlassen, sondern gesetzlich fixirt werden. In Frankreich existirt außer der Expatirierung auch die Entziehung der politischen Rechte auf Zeit, die sich auch bei uns empfehlen ließe. Von dieser Bestimmung ist gegen die Boulangeristen ein ausgiebiger Gebrauch gemacht worden. Doch aller Retten verschiedenheiten dürfte es nicht so schwer sein, bis zur Befreiung eine Einigung der Mehrheit zu erzielen. Ich hoffe, von Seiten der verbündeten Regierungen noch vor dem dritten Lesung eine Erklärung erfolgt, welche es uns ermöglicht für ein Gesetz zu stimmen, dessen Fortbestand unser Vaterland eine Nothwendigkeit ist. (Beifall rechts.)

Der Antrag auf Wiederherstellung des § 24 nach der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und einiger Mitglieder der Reichspartei abgelehnt, § 24 in der Fassung der Kommission angenommen.

Mit der Theilung des Bezirks der 197a. Armerkommission ist die Versammlung einverstanden.

Zum Kirchenbau in Rummelsburg soll die Gemeinde auf Antrag des Magistrats eine Parzelle unentgeltlich hergeben.

Stadtv. Bogtherr erklärt sich Namens seiner Freunde gegen die Vorlage, einmal weil sie für die Befriedigung kirchlicher Zwecke überhaupt nicht zu haben seien und sie ferner die Stadtkonventionen-Verammlung weder eine Veranlassung noch eine Verpflichtung hierzu erblicken können. In dem Vortrage auf Grund dessen der Stadtkonvention die Parzelle hergelassen solle, finde sich der Zusatz, daß das Eigentum an Grund und Boden wieder an die Gemeinde zurückfallen solle, wenn das Gebäude, das auf ihm errichtet werde, nicht mehr kirchlichen Zwecken diene. Dieser Zusatz sei rein formell, denn niemals werde sich die Kirchengemeinde die Bänke geben und das Besitztum wieder aus den Händen geben. Kirchliche Zwecke sollen der Vorlage noch in diesem Falle auch durch Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt erreicht werden. Das ist neu. Bisher hieß es immer, in einer solchen Anstalt würden nur rein erzieherische Zwecke betrieben. Verhält sich das, wie die Vorlage sagt, anders, so ist das charakteristisch für den Betrieb und die Erhaltung solcher Anstalten. (Unruhe.)

Stadtsyndikus Zelle erwidert, daß die Bewahranstalt gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liege und daß es gleichgültig sei, in welchen Händen sie sich befinde, da bei kleinen Kindern von 3-4 Jahren erzieherische und kirchliche Zwecke gar nicht verfolgt werden könnten. (Beifall.)

Stadtv. Bogtherr erwidert, daß es seiner Meinung nach katholischen, jüdischen und bismarckischen Eltern unmöglich sein würde, ihre Kinder dieser Anstalt anzuvertrauen.

Die Vorlage des Magistrats wird mit großer Majorität angenommen.

Die Einsetzung einer gemischten Deputation zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wegen Verkaufes von Fleisch aus der fiskalischen Abdeckerei wird beschloffen. Die Wahl wird in nächster Sitzung vorgenommen.

Gegen die Wahl der Stadtverordneten Lüben, Zubeil und Gröndel ist befeindlich Protest eingelaufen. Der Ausschuss schlägt vor, die Wahl der beiden erwähnten Herren für gültig zu erklären, Gröndels Wahl aber zu annullieren und zwar aus folgenden Gründen. Erstens sind, wie der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Spinola, ausführt, zwei Fälle konstatirt, monach Wähler, welche den unterlegenen Kandidaten des Deutschfreisinnigen, Herrn Pigmann, die Stimme zu geben beabsichtigten, zur Wahl nicht zugelassen sind, obwohl sie durch zwei, dem Wahllokale bekannte Personen veranlaßt wurden; weil derselbe nach fünf Uhr infolge des großen Andrangs der Wählermassen einstimmig beschloffen hatte, die Legitimation zur Wahl nur dann als geführt anzusehen, wenn sich die Wähler, welche ihre Wahlkarte nicht zur Hand hatten, durch irgend welche Dokumente amtlichen Charakters legitimierten. Durch dieses Verfahren ist nach der Meinung des Ausschusses ein erheblicher Verstoß gegen den allgemein gültigen Grundsatz; den Identitätsnachweis durch Recognition zu führen, begangen worden. — Ferner soll die Identität der Personen, von denen Legitimationen abgegeben wurden, nicht vom Wahllokale geprüft worden sein; es soll ein solches Gedränge, solche Uebertretung, so wenig Ordnung, sozialer Tumult in dem Lokal (Turnhalle) geübert haben, daß die Wahl nicht mehr legal vor sich gegangen sei. So soll angeblich ein Wähler dreimal unter Abgabe von Wahlzetteln für Herrn Gröndel gestimmt haben.

Der Ausschuss empfiehlt im Anschluß an diese Vorgänge die Annahme folgender Resolution: „Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat für die anzuheraumende Neuwahl eine größere Anzahl geeigneter eingerichteter Wahllokale zur Verfügung zu stellen, damit Vorkommnisse, wie sie sich bei der Gröndelschen Wahl zugetragen haben, möglichst vermieden werden.“

Nach längerer Debatte, an welcher sich seitens der Sozialdemokraten Stadtv. Singer betheiligte (und über die wir wegen Raummangels erst morgen ausführlich berichten werden) wird der Antrag des Ausschusses und die Resolution einstimmig angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung entbehren des Interesses.

Schluß 7½ Uhr.  
Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

## Gerichts-Beilage.

Unter der Anklage der Freiheitsberaubung und Beleidigung standen gestern der Schiffer Wilhelm Weidemann und der Bootsmann Wilhelm Werner vor dem III. Strafamt des Landgerichts I. Im September v. J. erhielt der pensionirte Schiffsarzt Wandt, welcher Vertreter eines Stettiner Handelshauses ist, von dem letzteren den Auftrag, dem ersten Angeklagten, welcher mit seinem Schiffe auf der Spree lag, für geleistete Fracht die vereinbarte Forderung von 460 M. zu zahlen, aber mit einem einseitigen Abzuge von 65 M. Dieser Betrag sollte zurückbehalten werden, bis der Schaden, der durch die Bedage eines Deckbrettes entstanden war, durch Sachverständige festgestellt werden. Wandt traf den ersten Angeklagten in der Kajüte und theilte ihm die Art seines Auftrages mit. Der Angeklagte wollte sich irgend einen Abzug nicht gefallen lassen, sondern verlangte unter Schimpfen und Drohen den ganzen Betrag. Als Wandt sich unerrichteter Sache entfernen wollte, rief Weidemann seinen Bootsmann herbei und beide Angeklagte vertraten ihm den Weg mit den Bemerkungen, daß er vor erfolgter Zahlung nicht von der Stelle käme. Die Lage des Beauftragten wurde eine so bedrohliche, daß er es vorzog, sich zu fügen, er zahlte den ganzen Betrag. Der Staatsanwalt beantragte gegen Weidemann zwei, gegen Werner eine Woche Gefängnis, der Gerichtshof hielt die Handlungsweise der Angeklagten aber für so geringfügig, daß Weidemann zu einem Monat und Werner zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt wurde. Wegen der Beleidigung wurden außerdem Geldstrafen von zehn, beziehungsweise fünf Mark ausgeworfen.

## Soziale Ueberblick.

Warnung an alle Klempner und Metalldrücker! Kollegen! Euch allen wird bekannt sein, daß auf dem Dünnewerk Thale a. S. ein Streik der Klempner und Metalldrücker ausgebrochen ist. Der Streik dauert nun schon Wochen und wird dadurch verlängert, daß fortwährend Streikbrecher zureifen, die den Streik illusorisch machen; nach Angabe der Thaleser ist der Zuzug aus Berlin sehr groß, und was es für Mühe und Geld kostet, diese gleichgültigen Menschen fortzuschaffen, kann sich wohl jeder Arbeiter denken. Kollegen! Der Streik der Kollegen in Thale a. S. ist ein gerechter, darum haltet den Streik fern, geht nicht dahin, wo andere Kollegen sich ein menschenwürdiges Dasein erringen wollen, laßt Euch nicht beirren durch Versprechungen, der Lohn beträgt in Thale nicht 30-40 Pf., sondern 20-30 Pf., auch existirt keine Kündigung, während die Diktation Euch jeder Zeit hinauswerfen kann. Deshalb sind auch die streikenden Kollegen vom Gewerbegericht abgewiesen worden. Ein jeder Kollege wird wissen, daß er moralisch verpflichtet ist, die Werkstätten zu meiden, in welcher gestreikt wird. Er wird aber auch wissen, daß er dadurch, auch

mußten, daß Der oder Jener ein Reichsfeind sei, ja, ist denn ein Soldat etwas anderes als Einer, der die Grundlagen der staatlichen Ordnung negirt? Der Herr Reichstanzler war früher sehr freigebig mit solchen Vorwürfen. Was heißt die Grundlagen der Staats- und Reichsordnung negieren, und wer urtheilt denn darüber? Derjenige, der jenseits an der Gewalt ist, bis ein Anderer herankommt, der vielleicht findet, daß sein Vorgänger die Grundlagen der staatlichen Ordnung negirt hat. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wo hört die Reform auf und wo fängt die Gewalt an? Aber hätte der Minister selbst bewiesen, was er nicht bewiesen hat, in welche Richtung die Grundlagen unserer Rechtsordnung zu verneinen, weshalb soll der Staat, den ich für verständiger halten müßte, als jene Individuen, dasselbe thun, auch seinerseits die Grundlagen der Rechtsordnung, das gleiche Recht für Alle, negiren? Ist das die Stellung des christlichen deutschen Staats gegenüber falschen Theorien? Wenn Jemand die Staatsordnung negirt, krassen wir ihn auf Grund der bestehenden Staatsordnung, und der Gedanke jenes Ausnahmegesetzes ist ebenso unrichtig, wie es unrichtig ist, wenn derjenige, der gestohlen hat, von Staatswegen wider bestraft würde. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir wollen Leute bestrafen für Handlungen, welche bei Nichtsozialdemokraten straflos sind! In der Kommission waren wir Alle darüber einig, daß die Gedanken und die rein akademischen Erörterungen zoll- und straffrei sind, andererseits darüber, daß rechtswidrige Handlungen bestraft werden müssen, gleichviel wer sie begeht, ob ein Sozialist oder ein Konservativer. Bleibt die gefährliche Agitation Gedanken in dem Kopf des Einzelnen, so ist sie straflos. Wird sie aber ausgesprochen, so kann sie sich als strafbare That darstellen oder nicht. Das Gesetz will den feinen Punkt in der Entwicklung treffen, wo der Gedanke anfängt, strafbar zu werden. Wir wissen, wie schwer das Reichsgericht schon unter diesen Schwierigen Interpretationen gelitten hat, und nun wollen Sie mit jener noch viel schwierigeren Unterscheidung den Sachmann, die untergeordneten Polizeibeamten, beauftragen! Was dabei herauskommt, ist mehr oder minder Willkür. Was jetzt der einen Partei geschieht, was das allgemeine Rechtsbewußtsein nach dieser einen Seite hin vorzieht, das kann nach jeder Seite geschehen. Ich weiß nicht einmal, ob die Abkündigung der Nationalitäten gegen den § 24 nicht durchaus ein staatsgefährliches Element in sich trägt. Selbst auf dieser Seite ist man vor der Reichsfeindschaft nicht mehr sicher, und der treibende Gedanke der Vorlage ist nicht, die Sozialisten zu treffen, sondern die Reichsfeinde. Herr v. H. Boff hat die Agitation gemildert, wohl nur die sozialistische, denn diejenige für die Kornzölle erwähnt er nicht. Wenn einmal — jetzt ist es ja bekanntlich nicht der Fall — die Wirkung einer Lebensmittelpreuerung durch diese Zölle und damit eine eminente Gefahr für das Land eintreten sollte, denken Sie sich dann einmal die Bestimmungen dieses denkbaren Gesetzes auf solche anständigen Menschen ausgedehnt, die diese Kornkollektion betrieben haben! (Heiterkeit links.) Sie denken, man könne mit unseren sozialdemokratischen Staatsangehörigen wie mit einem corpus vile umgehen. Aber denken Sie doch endlich auch einmal daran, es wäre auf Sie selber anwendbar, dann werden Sie es unerträglich finden, und Sie hätten Recht, es ist unerträglich. Deshalb muß bedauert werden, wenn durch solche Vorlage in große Kreise unserer Staatsangehörigen die Meinung verbreitet wird: Man behandelt uns als Parasiten, wir stehen außerhalb des Gesetzes. — Wie wird dadurch der Wahlkampf vertheilt? Ich glaube, die Stimmenzahl der Sozialdemokraten wird bei den Neuwahlen eine Million überschreiten. Ein solches Gesetz züchtet geradezu Reichsfeinde. Was es enthält, sind keine Medicamente mehr, sondern bei Jener und Schwarz sind wir schon angekommen. Es ist eine unbegründete Furcht, der wir uns hingeben. Ist das deutsche Volk noch gesund, so werden die gesunden Ideen über die Kranken siegen. Ich möchte noch einmal die Mahnung an die Herren richten: Machen Sie nicht, daß man von diesem Reichstag sagt, er war konsequenter von seiner Entstehung bis an sein Ende; aus einer unbegründeten Besorgniß hervorgegangen, hat er mit einem Akt unbegründeter Besorgniß sein Dasein beschloffen. (Zusammen rechts; Beifall links.)

Abg. Zulemann (natl.): Es ist vollständig gerechtfertigt, daß man gegenüber der Sozialdemokratie den Boden des gemeinen Rechts verläßt. Eine Partei, die sich zum Ziele setzt, den bestehenden Staat umzuwälzen, kann nicht ebenso behandelt werden, wie ein einzelner Verbrecher. Anders würde auch im Falle einer Revolution der Staat nicht den Rechtsboden verlassen dürfen und die aufrührerischen Leute ruhig ihrem Schicksal überlassen müssen. Daß wir jetzt, entgegen unserem früheren Standpunkt, ein dauerndes Gesetz bewilligen wollen, hat seinen Grund darin, daß jetzt die ausführenden Behörden bei Handhabung des Gesetzes sich nicht mehr in einen Widerspruch mit den Absichten des Reichstages setzen können, was sehr wohl möglich war, wenn gleich im Anfang ein dauerndes Gesetz bewilligt worden wäre. Druke könnte nur noch ein bewußtes Unrechtthun der Behörden die Absichten des Reichstages vereiteln. Auch in anderen Staaten, namentlich in Frankreich, wo die Internationale einfach als eine verbotene Gesellschaft behandelt wird, schreibt man gegen die Sozialdemokratie ein. Ein Ausnahmegesetz soll das künftige Sozialistengesetz nach unserer Meinung nur noch in formeller Beziehung sein. Die einzige materielle, sachliche Bestimmung, die das bisherige Gesetz zum Ausnahmegesetz machte, die Ausweisungsbefugniß, wollen wir beseitigen. Die Unterscheidung zwischen einem Spezialgesetz und einem Ausnahmegesetz ist deshalb nicht so obdient zu behandeln, wie es der Abgeordnete Mundel thut. Es ist die Aufgabe des Gesetzes, die sozialdemokratische Bewegung innerlich zu einer anderen zu machen, ihr den staatsgefährlichen Charakter zu nehmen. Die elementare Kraft der Sozialdemokratie liegt darin, daß sie ihre Wurzeln tief in das gesunde Erdreich unserer Arbeiterwelt hineingeschlagen hat, daß sie die Arbeiterbewegung als Vorspann für ihre Bestrebungen benutzte. Eine Scheidung der Sphäre wird sich in Zukunft unzweifelhaft vollziehen, indem man die Sozialdemokraten nicht mehr als die legitimen Vertreter der Arbeiter ansehen wird. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Beschränkung der Geltungsdauer mit 160 gegen 111 Stimmen beschlossen. Für die unbeschränkte Dauer stimmen die Deutschkonservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen mit Ausnahme des Abg. Erdmayer; gegen die unbeschränkte Geltungsdauer die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Centrum, Welfen, Polen und der Abg. Hilbrandt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Schluß 8½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Schluß der dritten Lesung des Staats und Präliminarien.)

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar.  
Der Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Strödel, eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Mit dem 1. November d. J. läuft die Wahlzeit des Oberbürgermeisters Dr. v. Jordan bed ab. In der nächsten Sitzung soll von den Abtheilungen eine Kommission von 15 Mitgliedern gewählt werden, die die Wahl vorbereiten soll.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Rationalisationsgesuche geschäftsamtlich erledigt.

Die Beschränkung der Geltungsdauer des Gesetzes soll nach der Vorlage in Wegfall kommen.

Abg. Richthausperger: Das Ausnahmegesetz für die Dauer zu votiren, halte ich schon darum für undenkbar, so klar die Thatsache auch ist, weil alle früheren Reichstage gar nicht daran gedacht haben, als sie das Gesetz bewilligten. Die Regierung ist, daß hätte in den Motiven zu dem Gesetz in Aussicht gestellt, daß dasselbe zu entziehen sein werde, sobald die Sozialreform in Wirkung getreten sein wird. Wenn es nun gewiß ist, daß diese Wirkung in einigen Jahren eintreten muß, so ist es ein absolutes nicht zu lösender Widerspruch, wenn jetzt das Gesetz auf die Dauer gemacht werden soll. Tritt aber die Voraussetzung der Motive in einigen Jahren ein und will dann der Reichstag das beschriebene Ausnahmegesetz beseitigen, was dann? Die Aufhebung des Exparirungsgesetzes ist, obgleich wiederholt vom Reichstage angenommen, doch stets vom Bundesrath zurückgewiesen worden. Würde es, wenn es dem Sozialistengesetz ähnlich ginge, den Sozialdemokraten verdacht werden können, von einer Tyrannei des Bundesraths zu sprechen? Es würden viel beklagenswertere Situationen heraufbeschworen als die, die wir jetzt haben, wenn ich auch die Gefahren der Sozialdemokratie keineswegs unterschätze. Es darf doch aber auch nicht vergessen werden, daß eine relative Berechtigung den sozialdemokratischen Agitationen auch unsere eigene Reformgesetzgebung zuerkannt worden ist. Überhaupt die Herren, daß wir ohne diese Agitation und der sozialen Reformen erreichen würden, die wir in den letzten Jahren geschafft haben? Ich hoffe, daß noch in letzter Stunde der Reichstag es sich überlegen wird, das Ausnahmegesetz auf unbeschränkte Dauer zu bewilligen. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Mundel (fr.): Die Abschwächung einzelner Bestimmungen des Gesetzes kann kein Kaufpreis dafür sein, seine unbeschränkte Dauer zu bewilligen, welche man nicht gewagt hat seit der ersten Einbringung in Vorschlag zu bringen. In der unbeschränkten Dauer liegt der eigentliche Kern des Gesetzes. In einer Stunde der Bestätigung, wie im Jahre 1878, war es nicht zu rechtfertigen, aber zu entschuldigen, daß man nicht zu gesetzgeberischen Maßregeln gegriffen, welche Dinge für sich erklären, die aber kein Gesetz für strafbar erklärt hat, und Ungehörigkeit einzuführen unter den verschiedenen Bürgern des Staates, und es war möglich, daß man für die Zeit ungewöhnlicher Gefahr der Regierung eine außerordentliche Vollmacht geben wollte. Weil es aber eine außerordentliche Vollmacht war, so folgte daraus, daß das Gesetz auf Zeit nur gegeben werden konnte; vielleicht hätte es überhaupt nicht gegeben werden sollen! Früher sagte man: auf Zeit ist das Gesetz gegeben, weil es Ausnahmegesetz enthält; jetzt findet die Regierung das so oft mißbrauchte und so oft mißhandelte Gesetz des Columbus und sagt: ein Ausnahmegesetz ist es, weil es auf Zeit gegeben ist. Ich habe gehört, daß man dem in Zukunft das Gesetz statt als Ausnahmegesetz als Spezialgesetz bezeichnen will, wobei ich nur bedauere, daß dieses Wort weniger national ist; im Grunde ist beides dasselbe. Wir stehen zum ersten Mal vor der Frage, ob wir das, was man bisher immer als bald wegfallend bezeichnet hat, für alle Ewigkeit annehmen wollen; und da ist doch nicht der erste Gedanke, der auch verschiedene schon ausgesprochen ist: Wie kommt dieser Reichstag, dessen Dauer die denkbar kürzeste ist — ich hoffe, daß wir schon morgen nach Hause gehen können — und von dem die namhaftesten Vertreter glauben, daß diese Mitglieder ihn nicht wiedersehen werden, dazu, so lange von ewiger Dauer noch geben zu wollen? Es paßt durch noch eigentlich kaum ganz, wenn wir schon jetzt durch Beschlüsse von der Meinung, daß die gegenwärtige Nationalität kaum noch getragen werden dürfte, von der Majorität des Landes. (Widerpruch rechts.) Ja, das haben Sie deutlich genug gesagt, das hat auch Herr v. Hellbois, wenn Sie werden Sie in vier Wochen wissen. Wie kommt der Reichstag dazu, die letzten Stunden seiner Wirksamkeit auszunutzen, um das Volk und das Land mit einem Gesetz zu beglücken, von dem so ausschließlich die Mehrheit des Volkes nicht wissen will? Ich will auch nicht die feierliche Erklärung abgeben, mit der jeder Gegner der Vorlage hat geglaubt, sich entschuldigen zu müssen, daß ich ein Gegner der Sozialdemokraten bin. Das versteht sich nach der Stellung meiner Fraktion und dem meinigen ganz von selbst. Ich bin ein Gegner des Gesetzes, nicht als Freund der Sozialdemokratie, sondern als Freund des allgemeinen Rechtsbewußtseins im Volk.

Nichts war mir sympathischer als die Bemerkung des Herrn v. Hellbois, die Aufrechterhaltung der Autorität im Land thue Recht. Das sage ich auch, aber ich frage mich, ob die Aufrechterhaltung der Autorität des Gesetzes an, denn das ist die höchste Autorität. Der Autorität kann nicht mehr geschadet werden, als wenn man ungleiches Recht schafft für die verschiedenen Angehörigen des Staates. Dadurch, daß Sie eine Vorlage zum Gesetz machen, machen Sie sie noch nicht zum Recht. Dieses Gesetz ist zwar Gesetz, aber ein Unrecht, bezugnehmend auf einen großen Theil des Volkes. Gott sei Dank wird das Unrecht nicht schmachhaft gemacht durch alle die Rechtsgarantien, mit der Sie die Anwendung dieses Unrechts versetzen wollen. Man führt für das Gesetz Zweckmäßigkeits- und Rechtsgründe an. Die einen sind so vernünftig, wie die andern. Man sagt, ohne dieses Gesetz wäre die Sozialdemokratie erheblich mehr angewachsen. Beweisen lassen sich dergleichen Dinge nicht; es ist das die Theorie vom Glauben. Was wir von der Wirkung des Gesetzes gesehen haben, spricht gegen diese Illusionen. Ich weiß nicht, daß das Gesetz die Sozialdemokraten zusammenführt wie mit eisernen Ketten, ihre Lehre vertieft und unangenehm macht. Die Sozialdemokraten können unter der Herrschaft des Gesetzes nicht einmal bestraft werden; sehr viele Sozialisten wissen vielleicht kaum den Inhalt der Lehre, die sie glauben, denn sie kann ihnen nicht gepredigt werden; sie wissen nur, daß man ihre Führer deshalb verurtheilt und verbannt und meinet, sie müßte deshalb etwas Köstliches sein. Ideen, seien es fränke oder geistlich, bekämpft man mit Ideen, mit Krüppeln schlägt man Krüppel, den Behörden in die Hände gegeben, welche es in den unteren Instanzen anwenden sollen. Die Zweckmäßigkeit des Gesetzes nachzuweisen, ist immer noch nicht gelungen. Über die Zweckmäßigkeit der Ausweisungen habe ich heute wunderliche Beispiele hier gehört. Selbst die Herren Nationalliberalen haben bei § 23 gefunden, daß er mehr geschadet als genutzt thut. Das finden wir bei allen übrigen Paragraphen des Gesetzes. Das Gesetz ist ein hoch revolutionäres, weil es mit der gesetzlichen Ordnung der Dinge aufräumt. Gesetz, es ist ein wirklich vorwärtig und hätte die Wirkungen gehabt, was man von ihm seit zwölf Jahren vergeblich erwartet hat, daß wir darum berechtigt, Alles zu thun, was uns vernünftig erscheint? Der Minister Herrfurth sagte heute die denkwürdigen Worte: die Männer, welche wir treffen wollen, negiren den Boden der staatlichen Ordnung, folglich sollen wir auch sie außerhalb des Gesetzes der politischen Rechte, als in Amerika der Unabhängigkeitskrieg begann, nahm man an, daß die Abolitionisten die Grundlagen der staatlichen Ordnung in Amerika negiren. Als man 1810 in Amerika an die Reorganisation der ganzen staatlichen Gesellschaft ging, nahmen viele Kreise an, daß, wer am feudalen Rechte läßt, die Grundlagen der staatlichen Ordnung vernichte. Als vor wenigen Jahren der durch Fall angelegte Kulturkampf ausgefochten wurde, nahm die Regierung an, daß das Centrum mit manchen seiner religiösen Lehren die Grundlagen der staatlichen Ordnung negire. Und wenn wir aus dem Munde des leider noch immer nicht anwendenden Reichstanzlers oft genug hören

den, daß Der oder Jener ein Reichsfeind sei, ja, ist denn ein Soldat etwas anderes als Einer, der die Grundlagen der staatlichen Ordnung negirt? Der Herr Reichstanzler war früher sehr freigebig mit solchen Vorwürfen. Was heißt die Grundlagen der Staats- und Reichsordnung negieren, und wer urtheilt denn darüber? Derjenige, der jenseits an der Gewalt ist, bis ein Anderer herankommt, der vielleicht findet, daß sein Vorgänger die Grundlagen der staatlichen Ordnung negirt hat. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wo hört die Reform auf und wo fängt die Gewalt an? Aber hätte der Minister selbst bewiesen, was er nicht bewiesen hat, in welche Richtung die Grundlagen unserer Rechtsordnung zu verneinen, weshalb soll der Staat, den ich für verständiger halten müßte, als jene Individuen, dasselbe thun, auch seinerseits die Grundlagen der Rechtsordnung, das gleiche Recht für Alle, negiren? Ist das die Stellung des christlichen deutschen Staats gegenüber falschen Theorien? Wenn Jemand die Staatsordnung negirt, krassen wir ihn auf Grund der bestehenden Staatsordnung, und der Gedanke jenes Ausnahmegesetzes ist ebenso unrichtig, wie es unrichtig ist, wenn derjenige, der gestohlen hat, von Staatswegen wider bestraft würde. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir wollen Leute bestrafen für Handlungen, welche bei Nichtsozialdemokraten straflos sind! In der Kommission waren wir Alle darüber einig, daß die Gedanken und die rein akademischen Erörterungen zoll- und straffrei sind, andererseits darüber, daß rechtswidrige Handlungen bestraft werden müssen, gleichviel wer sie begeht, ob ein Sozialist oder ein Konservativer. Bleibt die gefährliche Agitation Gedanken in dem Kopf des Einzelnen, so ist sie straflos. Wird sie aber ausgesprochen, so kann sie sich als strafbare That darstellen oder nicht. Das Gesetz will den feinen Punkt in der Entwicklung treffen, wo der Gedanke anfängt, strafbar zu werden. Wir wissen, wie schwer das Reichsgericht schon unter diesen Schwierigen Interpretationen gelitten hat, und nun wollen Sie mit jener noch viel schwierigeren Unterscheidung den Sachmann, die untergeordneten Polizeibeamten, beauftragen! Was dabei herauskommt, ist mehr oder minder Willkür. Was jetzt der einen Partei geschieht, was das allgemeine Rechtsbewußtsein nach dieser einen Seite hin vorzieht, das kann nach jeder Seite geschehen. Ich weiß nicht einmal, ob die Abkündigung der Nationalitäten gegen den § 24 nicht durchaus ein staatsgefährliches Element in sich trägt. Selbst auf dieser Seite ist man vor der Reichsfeindschaft nicht mehr sicher, und der treibende Gedanke der Vorlage ist nicht, die Sozialisten zu treffen, sondern die Reichsfeinde. Herr v. H. Boff hat die Agitation gemildert, wohl nur die sozialistische, denn diejenige für die Kornzölle erwähnt er nicht. Wenn einmal — jetzt ist es ja bekanntlich nicht der Fall — die Wirkung einer Lebensmittelpreuerung durch diese Zölle und damit eine eminente Gefahr für das Land eintreten sollte, denken Sie sich dann einmal die Bestimmungen dieses denkbaren Gesetzes auf solche anständigen Menschen ausgedehnt, die diese Kornkollektion betrieben haben! (Heiterkeit links.) Sie denken, man könne mit unseren sozialdemokratischen Staatsangehörigen wie mit einem corpus vile umgehen. Aber denken Sie doch endlich auch einmal daran, es wäre auf Sie selber anwendbar, dann werden Sie es unerträglich finden, und Sie hätten Recht, es ist unerträglich. Deshalb muß bedauert werden, wenn durch solche Vorlage in große Kreise unserer Staatsangehörigen die Meinung verbreitet wird: Man behandelt uns als Parasiten, wir stehen außerhalb des Gesetzes. — Wie wird dadurch der Wahlkampf vertheilt? Ich glaube, die Stimmenzahl der Sozialdemokraten wird bei den Neuwahlen eine Million überschreiten. Ein solches Gesetz züchtet geradezu Reichsfeinde. Was es enthält, sind keine Medicamente mehr, sondern bei Jener und Schwarz sind wir schon angekommen. Es ist eine unbegründete Furcht, der wir uns hingeben. Ist das deutsche Volk noch gesund, so werden die gesunden Ideen über die Kranken siegen. Ich möchte noch einmal die Mahnung an die Herren richten: Machen Sie nicht, daß man von diesem Reichstag sagt, er war konsequenter von seiner Entstehung bis an sein Ende; aus einer unbegründeten Besorgniß hervorgegangen, hat er mit einem Akt unbegründeter Besorgniß sein Dasein beschloffen. (Zusammen rechts; Beifall links.)

wenn er nur einige Stunden arbeitet, dem Kapitalisten hilft, während er sich selbst und seine Kollegen und Mitarbeiter schadet. Darum haliet den Zugang fern. Alle Blätter, welche Arbeiterinteressen vertreten, werden um die weitest Verbreitung gebeten. — Der Vorstand des Vereins der Klempner.

## Versammlungen.

Der konservative Wahlverein des dritten Wahlkreises hat vorgestern, wie die „Post“ berichtet, mit allen gegen zwei Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: „In Erwägung, daß der Parteirath der Nationalliberalen, die zuvorkommendsten Versuche der Konservativen, ein Zusammengehen der Kartellparteien zu ermöglichen, zum Scheitern brachte, tritt der konservative Wahlverein des 3. Reichstagswahlkreises in keine Wahlbewegung ein und überläßt es den Nationalliberalen, bei den kommenden Wahlen ein Zeugnis ihrer Kraft abzulegen.“

Eine zweite Volksversammlung von Tempelhof und Umgegend fand am Montag, den 20. d. M., im Restaurant des Herrn Nieke unter Teilnehmung von ca. 600 Personen statt. Die Versammlung wurde um 9 Uhr eröffnet und wurden in's Bureau die Herren G. Hecht, E. Wolf und J. Schiefer gewählt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Wahl eines Wahlcommittees für Tempelhof und Umgegend. 2. Thätigkeit der verschiedenen Parteiververtretungen im Reichstage. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Zur Debatte kam der Antrag des Wahlcommittees, die verschiedenen Parteiververtretungen im Reichstage, sprach Herr W. Werner, indem er in energischer Weise den Parteien zu Leibe ging. Zwei Anträge betreffs Wahlmöglichkeiten wurden durch Vorlesen der Reichstagsprotokolle §§ 107 und 109 erledigt, und wurde dann die Versammlung um 1 Uhr mit einem Hoch auf den Referenten und die Sozialdemokratie geschlossen. Den Arbeitern sei hiermit mitgeteilt, daß in Tempelhof nur Nieke (Wilhelmsplatz) sein Lokal zu Versammlungen hiergibt, während in Mariendorf und Tankow nicht in Lokal zu haben ist.

In der „Volke-Zeitung“ lesen wir: „Für die Wähler der beiden Kreise Reichow war am Sonntag in Rathenow eine Versammlung anberaumt worden, in welcher der freisinnige Kandidat, Stadtrath Ferdinand Böllmer-Charlottenburg, sein Programm entwickelte. Infolge sozialdemokratischer Störungen löste der überwiegende Polizeibeamt die Versammlung auf.“

Vorstehende Darstellung ist eine unrichtige. Wohl war die Versammlung von den Freisinnigen einkerkert, doch waren über vier Fünftel der Anwesenden Sozialdemokraten, theils aus Rathenow, theils aus den umliegenden Ortschaften, welche zum Kreise Juchow I und II gehörten. Bevor Herr Böllmer sprechen wollte, wurde von einigen Anwesenden angefragt, ob nach dem Vortrag Diskussion stattfinden sollte, dies wurde von dem Vorsitzenden Herrn Dornhebt aus Genthin zugestimmt. Nach dem etwas langweiligen Vortrage, welcher von keiner Seite Zustimmung erhielt, außer einigen ironischen Zufällen, wurde der zu diesem Zweck nach Rathenow gereiste Kandidat der Sozialdemokratie Herr Theodor Bloede aus Berlin das Wort ergriffen. Doch zeigte sich hier wieder einmal, daß das Programm der Freisinnigen nur leeres Wortschwall und eitel Heuchelei ist. Trotzdem Herr Böllmer am Schluß seines Vortrages betonte, daß, obwohl er ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie sei, er gegen jede Beschränkung der Meinungsäußerung sei, so gab er den Vorsitzenden einen Wink, daß er sich auf keine Diskussion einlasse, man könne ihn interpellieren. Herr Bloede gab sich die ordentlichste Mühe gegenüber Herrn Böllmers, sowohl als gegen den Vorsitzenden, indem er darauf hinwies, daß durch ein solches Verhalten das letzte Restchen Ansehen der Freisinnigen Partei verloren ging. Während dieser Bemühungen wurde die große Majorität der Versammlung ungeduldig und rief, daß die Herren waidrechtig geworden, indem sie vorher versprochen hätten, Diskussion zu gestatten. Der Vorsitzende rief daswischen: Sie Sozialdemokraten wollen nur die Versammlung fören. Hierauf erhob sich ein Entrüstungssturm der Versammlung, worauf die Versammlung aufgelöst wurde.

Das ist der Laibbestand. Dennoch ist die Versammlung nicht aufgelöst wegen sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern die Auflösung haben die Herren Freisinnigen durch ihr trauriges Verhalten provoziert.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 3. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, in der Volkshalle, Wilhelmstraße 47-48. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Dr. Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Debatte der Anwesenheit.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Große öffentliche Wählerversammlung** des 4. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke (Wilhelmsplatz), Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Nieke, Wilhelmsplatz 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden erbeten, pünktlich zu erscheinen.

**Wahlverein** des 3. Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant des Herrn Nieke, Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Wahlverein** des 4. Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant des Herrn Nieke, Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## 9. Ziehung der 4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Januar 1890, Nachmittags.  
Aus der Gewinnliste über 210 Quart für die betreffenden Nummern in Wertenbezug beigetragen.

29 244 681 913 306 501 789 1179 (30000) 242 883 (5000) 87 422 514 70	679 80 94 788 93 2044 142 237 519 788 883 81 98 924 3038 63 153 54 250	34000 343 98 530 50 669 799 912 4033 44 338 40 563 819 911 47	5036 214 94 384 (5000) 482 538 651 770 840 904 (3000) 37 6056 112	75 76 233 348 89 447 696 805 66 941 64 7000 2 00 103 20 (3000) 33	45 211 562 676 719 864 918 75 8008 42 263 489 829 744 (3000) 80 800	37 996 9 164 632 85 (5000) 51 89 622 729 833 (3000) 39 50 945	10003 (3000) 79 135 248 463 662 672 772 1187 (3000) 94 335 412	50 613 817 940 68 12119 310 45 411 35 866 13013 73 148 63 396 423	75 105 (1500) 52 61 80 850 988 (1500) 14007 59 276 336 411 542 623	37 80 726 813 15121 50 236 326 25 609 657 81 705 41 77 824 934	10034 152 59 298 430 538 96 680 754 912 12111 43 231 45 48 84 (3000)	331 33 450 (5000) 95 (3000) 602 44 81 610 32 962 18013 32 53 217 94	301 43 58 414 (3000) 83 513 79 759 63 837 938 10422 96 536 65 (3000)	603 43 79 92 810 912 (5000)
--	--	---	---	---	---	---	--	---	--	--	--	---	--	-----------------------------

## 9. Ziehung der 4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Januar 1890, Nachmittags.  
Aus der Gewinnliste über 210 Quart für die betreffenden Nummern in Wertenbezug beigetragen.

21 94 217 (15000) 81 301 403 544 65 (15000) 624 70 856 1219 350 415	610 867 89 2328 407 97 609 695 784 859 964 3003 100 22 (3000) 59	745 60 428 79 4019 73 106 390 (30000) 586 343 977 4063 524 39 70 76	232 63 6006 10 126 292 32 35 82 440 527 (15000) 65 630 45 78 77	721 67 895 967 77 7135 60 315 459 79 (15000) 752 917 8116 97 365	649 (5000) 83 620 807 973 84 9663 175 256 306 43 403 556 672 836	19000 57 83 966	10179 314 422 45 71 647 70 816 74 11138 69 444 67 534 35 728	853 79 919 90 18028 (3000) 41 232 42 63 76 605 710 44 829 921 18170	283 92 558 842 906 31 40922 (3000) 38 294 380 82 (15000) 413 329	679 (5000) 15042 354 611 753 888 94 79 364 77 97 457 343 18060 61	476 648 703 258 974 743 808 973 808 957 31 364 77 97 457 343 18060 61	124 364 (3000) 89 612 751 833 98 92651 310 37 406 40 564 589 969 75	62 582 956 32 374 623 580 700 97 800 943 21002 135 215 45 75 448	64 810 62 980 93 20663 328 76 99 20 377 619 34 41 (30000) 721 888	978 24019 59 571 358 9 (3000) 916 516 24 32 743 801 8 932 59 (3000)	97 25091 97 232 377 433 77 509 25 621 794 892 978 20037 38 146	228 378 428 580 941 87213 (15000) 419 528 25 714 (3000) 19 85 807	99 920 (3000) 20092 78 292 451 577 657 868 20024 (15000) 32 421 508	26 65 94 644 704 81 865
---	--	---	---	--	--	-----------------	--	---	--	---	---	---	--	---	---	--	---	---	-------------------------

Schüler Abends 9 Uhr im Restaurant 'Krone', Köpenicker Br. 308. — Wahlverein des 3. Reichstagswahlkreises am Freitag, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant des Herrn Nieke, Wilhelmstraße 27. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Siebeck. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## Depeschen.

Charlevot, 23. Januar. Der Streik ist definitiv beendet. Es haben heute noch ungefähre 2000 Arbeiter, welche ebenfalls morgen die Arbeit wieder aufnehmen werden.

05304 113 49 91 (30000) 413 76 678 82 854 55 61 954 08110	95 310 20 40 90 599 827 957 07039 60 70 228 31 375 433 87 60	543 82 (15000) 604 60 86 727 996 08301 442 510 887 902 65	386 39 459 504 79 602	100193 217 52 321 91 405 603 13 40 80 707 889 (3000) 936	71 104191 204 (15000) 98 (3000) 363 597 469 709 984 102140	729 814 975 1040683 (3000) 109 207 15052 622 89 783 96 813 90	104019 182 244 48 436 68 94 571 (15000) 772 823 928 83 (3000) 90	103 160 203 367 405 10 27 90 624 65 84 871 924 (3000) 34 77	108 94 230 72 310 566 (3000) 75 832 939 93 107019 85	410 84 (5000) 554 70 614 801 925 29 (3000) 108136 205 37 60	84 553 89 95 (15000) 636 792 93 903 109252 86 430 600 (5000)	771 806 80 86 974	100221 151 250 84 382 402 79 549 655 747 (3000) 52 812 958	81 309 68 422 538 649 65 75 784 954 94 112348 332 93 572	847 84 916 82 (5000) 113015 255 447 645 910 76 114025 71	166 95 629 753 97 919 81 118307 54 (3000) 103 204 32 61	81 679 711 831 965 116069 180 237 (3000) 63 363 441 69 49 35	301 822 973 (3000) 117011 109 235 879 84 403 75 765 69 17	61 964 119081 130 38 234 513 53 640 619 795 802 943 77	92 178 288 525 743 814 23
---	--	---	-----------------------	--	--	---	--	---	--	---	--	-------------------	--	--	--	---	--	---	--	---------------------------

Verantwortlicher Redakteur: Curt Barks in Berlin. Druck und Verlag von Max Spindler, Berlin SW., Poststraße 2.

Korrespondenzen.

Jürich, 20. Januar. In einigen Monaten, nämlich im März, finden im Kanton Jürich die Wahlen für den Kantonsrat, den Regierungsrath und Bundesrath statt.

Die demokratische Partei hat in den letzten Jahren im Kanton- und Regierungsrath zur Unterstützung der Arbeiter, wie sie denn dieselbe auch im Kantonsrat, wie sie denn dieselbe auch im Kantonsrat, wie sie denn dieselbe auch im Kantonsrat...

Die Sozialdemokraten wollen endlich eine Vertretung erringen. Durch die bei der 1888 vorgenommenen Volkszählung konstatairte Bevölkerungszunahme...

Die Bildung einer schweizerischen sozialdemokratischen Partei ist denn auch ihre Sache in ein anderes Stadium gekommen und hat bewiesen, daß Blut, Fleisch und Leben in sie...

Die Verlautung, wird der Bundesrath in nächster Zeit das Programm für die internationale Arbeiterkongress festsetzen. Die Geschäftsprüfungskommission des jüricherischen Kantons...

Die Arbeiterzeitung hat durch ein Postulat die Regierung eingeladen, unterzuchen und zu berichten, ob nicht zu Gunsten von Arbeitergewerkschaften in solchen Gewerben, welche dem eidgenössischen...

zu 12 Stunden mit 5 Fr. entschädigt. In einigen Geschäften wird diese Arbeit per Woche mit 21 bis 25 Fr. bezahlt, bei ebenfalls 12 stündiger täglicher Arbeitszeit.

Diese Mitteilung mag den deutschen Schneidergehilfen, welche Lust haben, in die Schweiz zu gehen, als Information dienen.

Lokales.

Für eine Massendurchsicht der Wählerlisten zu ermöglichen, haben sich folgende Herren bereit erklärt, für bestimmte Genossen diese Arbeit zu thun.

- Für den 2. Wahlkreis: Ernst Wilschke, Junferstr. 1, Zigarrengeschäft. Restaurateur Scheuer, Eisenaustr. 38. Sedlitzel, Joffener- und Fürbringer-Krahen-Gde. Restaurateur Voelands, Bülowstr. 51.

- Für den 3. Wahlkreis: Boerner, Rüterstr. 108, Kräker, Wasserthorstr. 20, Klein, Ritterstr. 15, G. Schulz, Kolibuterplatz 40, A. Schweizer, Gilt Passage, Restaurateur Gründel, Dresdenerstr. 116, R. Wildberger, Kommandantenstr. 80, vorn im Keller.

- Für den 4. Wahlkreis: Restaurateur Otto Heindorf, Langestr. 70, Wilh. Boel, Friedrichsbergstr. 5, Friß Höhne, Eidenstr. 2, Alb. Boel, Rübersdorferstr. 9, Rimitschke, Staligerstr. 18, Versäke, Adalberstr. 16, Aug. Diefenthal (früher Witton) Wienerstr. 30, Restaurateur Kadaj, Wienerstr. 50, Karl Scholz, Brangelstr. 32.

- Für den 6. Wahlkreis: Friß Boh, Bülenstr. 50, Paul Decker, Tischler, Chorinerstr. 12, v. 4 Tr, Restaurateur Rob. Nürnberg, Ankamerstr. 49, Peterson, Veteranenstr. 21, Joh. Gnadt, Brunnenstr. 38, Max Scheyer, Invalidenstr. 2 und Adler-Krahen-Gde.

Ordentliche Leute. Bei der Beratung der Dampfervorlage hat Herr Wörmann in allem Ernste verkündet, er beschlisse die Chinesen und Kru-Neger auf seinen Schiffen nur aus „Humanität“, weil die Europäer die Anstrengungen im Heirraum nicht ertragen können...

heruntergekommen, d. h. von Mangel und Glend entkräftete Leute sind, sondern viel mehr daher, daß sie es zu lange in dem überheizten Raume aushalten müssen.

Wir fühlen uns frei von Haß gegen Chinesen und Neger, wie Herr von Bötticher, aber wir sind in diesem Punkte von einem reinen und standhaften Patriotismus besetzt, der uns immer treiben wird, unsere Stimmen dagegen zu erheben...

Danach sind wir der Ueberzeugung, daß es in Deutschland eine Menge von Leuten giebt, die denen das Wort des Herrn von Bötticher von den ordentlichen Kulis und Negern...

Hunderte und Tausende von dividendehungrigen Aktionären werden das Wort von den „ordentlichen Leuten“ eifrig aufknappen. Es sagt sich solch ein Kentler, dem es gleichgültig ist, ob Reiche und Welttheile untergehen...

Herr von Bötticher, der sein Wort, ohne seine Konsequenzen zu überdenken, in die Welt hinausgeschleudert hat, kann leicht damit Geißel heraufbeschwören, die nachher wieder zu bannen ihm ziemlich schwer werden dürfte.

Wenn erst die Kulis und die Neger in's Land strömen, dann werden so viele Leute auswandern, daß schließlich die „ordentlichen Leute“ aus Asien und Afrika dominiren.

Ein Ermittlung hiesiger Brotpreise findet durch das statistische Amt der Stadt Berlin seit vier Jahren statt. Im Verlauf der letzten Jahre sind diese Ermittlungen nach und nach erweitert worden...

Fünf Personen wegen Billetschwandels verhaftet. Vor dem hiesigen Theater der Reichshallen trieben seit Jahren mehrere Billetschwänder einen schwungvollen Handel mit Theaterbillets. An den Sonntagen pflanzten dieselben bei dem üblichen Andränge die Billets mit erheblichem Aufschlag zu vertrieben...

ktion des Reichshallen-Theaters nicht unbekannt; von vor einem Vierteljahr hatte der bekannte Theater-

Ein bis aufs Gendchen nachtes Kind, ein Knabe von 3 Jahren irrte am Montag Vormittag gegen 9 Uhr in Wind und Regen in der Seidelstraße umher, weinend und frostsittend.

Berichtigung. In der ersten Beilage Nr. 19 befindet sich ein Bericht der Wählerversammlung des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises.

Verfammlungen.

Die Freisinnigen beginnen jetzt ihre eigenen Versammlungen zu sprengen, so könnte man fast glauben, nachdem man der Wanderversammlung des deutschfreisinnigen Arbeitervereins beigewohnt hat, die am Dienstag Abend im Handwerker-Saal, Sophienstr. 15, stattfand.

das Gesetz beseitigen, um freie Bahn zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu haben. Jetzt bei der durch die Polizei eingeschränkten Distrikte sei es unmöglich, sich mit der Sozialdemokratie über ihre letzten Ziele auseinander zu setzen.

Baumbach lacht; die Freisinnigen lachen.) Der Vorredner versucht, uns in Ziel und Zweck der sozialdemokratischen Fraktion zu bringen. Die Fraktion unter Programm hin gewählt; sollte sie gegen die hohen, was sie bisher nicht getan hat, so werden die Wähler, sie an ihre Pflichten erinnern.

Der vorerster 3. im Jahre 18 Die Wahlkreiswahl... ein Der vorerster 3. im Jahre 18 Die Wahlkreiswahl... ein Der vorerster 3. im Jahre 18 Die Wahlkreiswahl...